

Bavar.

438

ℓ

Brass

Bavar.

438 l

A

<36622313910012

S

<36622313910012

Bayer. Staatsbibliothek

1C

VERFASSUNG
UND
VERWALTUNG WÜRZBURGS

VOM BEGINNE DER STADT BIS ZUR MITTE
DES XIII. JAHRHUNDERTS.



INAUGURAL-DISSERTATION
DER
HOHEN PHILOSOPHISCHEN FACULTÄT
DER
K. BAYER. JULIUS - MAXIMILIANS - UNIVERSITÄT WÜRZBURG
ZUR
ERLANGUNG DER DOCTORWÜRDE
VORGELEGT
VON
FRIEDRICH BRASS
AUS
AROLSEN.



WÜRZBURG
BECKER'S UNIVERSITÄTS-BUCHDRUCKEREI
1886.





EINLEITUNG.

Das Jahr 1400 ist für die Geschichte Würzburgs entscheidend gewesen; denn in diesem Jahre wurde endgültig die Frage gelöst, was Würzburg fürderhin sein sollte, ob bischöfliche Land- oder reichsunmittelbare Freistadt. Die bischöfliche Macht siegte, und die Stadt musste ein für alle Male die Hoffnungen preisgeben, für deren Realisierung sie mit der ganzen Zähigkeit, welche das mittelalterliche Bürgerthum auszeichnet, in einem mehr als hundertjährigen Kampfe gestritten hatte. In diesem Jahre endet die *politische* Entwicklung der Stadt und macht einer rein *wirthschaftlichen* Platz.

Die Zeit von ihrer Gründung bis zum Jahre 1400 ist also im eigentlichen Sinne die Geschichte Würzburgs, und eine Untersuchung dieser Geschichte hat auf zwei Momente hauptsächlich ihr Augenmerk zu richten: auf die Entwicklung der bischöflichen Herrschaft innerhalb der Stadt, auf die Rechtstitel, mit denen sich diese Herrschaft als rechtmässig erweisen und auf die Machtmittel, mit denen sie praktisch sich behaupten liess. Dann aber hat sie daneben die Autonomiebestrebungen der Stadt auf Ursprung und Ursachen zurückzuführen, und darzuthun, an welche bereits vorhandenen Institutionen ansetzend, der autonome „Rath der Stadt“, das Organ für Selbstregierung und Selbstverwaltung, entstanden ist. Nach beiden Seiten hin führt diese Untersuchung auf die älteste Zeit der Stadt zurück und hat also durch sechs Jahrhunderte hindurch die Veränderungen zu verfolgen, die in dem Verhältnis dieser beiden Factoren, der städtischen und der bischöflichen Macht, stattfinden.

Je nach dem Ueberwiegen des einen und des anderen zerfallen diese sechs Jahrhunderte in vier Perioden.

Die erste derselben umfasst den allmählichen und scheinbar mehr *thatsächlichen* als *rechtlichen* Erwerb der öffentlichen Hoheitsrechte durch die Bischöfe. Erst im Jahre 1030 ist dieser Erwerb vollendet und wird durch die Krone anerkannt.

Nicht so deutlich seinem Ende nach markirt ist der zweite Abschnitt, der sich kennzeichnet durch die Bildung eines bald vielgegliederten bischöflichen Beamtenstandes, in dessen Händen Regierung und Verwaltung der Stadt sich ausschliesslich befunden zu haben scheint. Der Versuch dieser Ministerialen, sich von der bischöflichen Herrschaft überall da zu emanzipiren, wo es sich um Beamtenungen der Stadt handelt, führt zu einer theilweisen Verschmelzung derselben mit dem Patriziate, der grundbesitzenden und social bestgestellten Einwohnerklasse.

Aus der Verbindung dieser beiden Einwohnerklassen geht dann das Patriziat im weiteren Sinne hervor, welches sich, unterstützt von den in Zünfte gegliederten Handwerkern, zum Träger der bewussten Oppositions- und Unabhängigkeitsbestrebungen der Stadt macht, die anfangs von raschen, aussichtsreichen Erfolgen begleitet sind, bis das Jahr 1296 eine entschiedene Wendung eintreten lässt.

Die Stadt hat die erste folgenschwere Niederlage erlitten und tritt damit in das letzte Stadium ihrer politischen Entwicklung ein: Die Reaction der bischöflichen Herrschaft beginnt mit immer gesteigerten Mitteln und immer zuverlässigeren Erfolgen sich durchzusetzen und führt, bald begünstigt, bald ausdrücklich gehindert von der Reichsgewalt, einen lange Zeit schwankenden Kampf gegen die Stadt, dessen wechselnde Entscheidungen bald autonome, bald völlig gebundene Zustände der Verfassung herbeiführen, bis gerade am Ende des 14. Jahrhunderts die blutige Schlacht von Bergtheim dauernd für die bischöfliche Herrschaft entscheidet.

Cap. I.

Die beiden ersten Perioden begründen keine bestimmt nachweisbaren Verhältnisse, die das spätere Zurückbleiben der Stadt hinter den anderen Bischofsstädten erklärbar machten. Im Gegentheil: einige Thatsachen sprechen dafür, dass die Anfänge Würzburgs günstigere Bedingungen für eine *politische* Entwicklung enthielten, als die Anfänge anderer bischöflichen Städte; denn überall bilden die kaiserlichen Immunitätsprivilegien die Grundlage einer thatsächlichen, oder einer erstrebten Souverainität der Bischöfe über die einzelnen Metropolen. Nun ist zwar auch dem Würzburger Hochstifte schon sehr früh die Immunität verliehen worden; aber selbst die Privilegien der Ottonenzeit begründen hier — im Gegensatze zu der Regel — keine *positive* Gerichtsgewalt, sondern verbieten nur den direkten Verkehr des „judex publicus“ mit den Kirchenleuten ¹⁾.

Dabei ist hervorzuheben, dass kein einziges Privileg vor 1030 sich auf *die Stadt als solche* ausschliesslich oder auch nur in erster Linie bezieht; vielmehr betreffen sie alle die gesammten Besitzungen, welche die Kirche „*moderno tempore in quibus libet pagis, vel territoriis regni*

¹⁾ Nur die beiden, für interpolirt erklärten Diplome von 974 u. 996 weichen von diesem blos negativen Charakter der anderen Privilegien ab.

nostri juste et legaliter possidet“, wobei stets der ausserstädtische Besitz so gut, wie der städtische gemeint war. Es ist sogar durchaus wahrscheinlich, dass alle die Privilegien, welche *vor 1030* verliehen sind, in keiner Weise die staatsrechtliche Stellung der Stadt gegenüber der Herrschaft des Bischofs normirten, geschweige denn, dass sie an dem ursprünglichen Rechtsverhältnisse etwas geändert hätten. Nachweisbar ist ferner, dass erst dann die Bischöfe die volle Souverainität über die Stadt erlangten, nachdem sie dieselbe in verschiedenen *ausserstädtischen*, territorialen Besitzungen erlangt hatten. Erst nachdem die bischöfliche Herrschaft ausserhalb der Stadt erstarkt war, setzte sie sich auch innerhalb derselben durch.

Es ist wichtig, dass der Charakter des staatsrechtlichen Verhältnisses der Stadt zur bischöflichen resp. königlichen Gewalt festgestellt werde.

Obgleich Bischofssitz, wäre es verkehrt, Würzburg in der ältesten Zeit, genauer in der ersten, von uns charakterisirten Periode, eine *bischöfliche* Stadt zu nennen. Noch viel weniger ist sie eine „freie“, was sie *nie* gewesen ist, wozu sie sich höchstens hätte entwickeln können. Auch ihre Entwicklung „geht“ nicht „die gleichen Wege, wie die der übrigen *freien* Städte“¹⁾, sondern nur sehr analoge, wie die Entwicklung aller derjenigen bischöflichen Städte gegangen war, in denen die öffentlichen Hoheitsrechte durch *öffentliche* d. h. königliche Beamte ausgeübt wurden.

¹⁾ Es ist der verstorbene V. Gramich, der diesen Irrthum begeht. cfr. *Gramich* Verfassung und Verwaltung der Stadt Würzburg. (Wrzb. 1882) p. 1. Uebrigens sagt Gramich l. c. p. 7/8 selbst: „wäre nach solchen Anfängen die Erstarkung der mächtigsten Faktoren des städtischen Gemeinwesens . . . in gleichem Masse fortgeschritten, die Stadt hätte sich noch vor Ende des Jahrhunderts (XIII) zur freien Stadt des Reiches erheben müssen.

Nein, Würzburg war ganz und gar eine *königliche*¹⁾ Stadt, und eine ganze Anzahl einträglicher Regale wurde von königlichen Beamten dort verwaltet. Der Beweis, dass dem so sei, lässt sich nicht direkt erbringen, auf die Weise etwa, dass man die Installirung solcher *königl.* Beamten nachzuweisen vermöchte; aber er lässt sich mit gleicher Gewissheit indirekt erbringen, indem man zeigt, *wie* ein Theil dieser Hoheitsrechte nach dem anderen auf die Bischöfe übergeht.

Wenn die Würzburger Immunitätsprivilegien auch in der Ottonenzeit keine positive Gerichtsgewalt übertrugen, so konnte aus diesen Diplomen, die sich vorzugsweise auf den ausserstädtischen Besitz der Kirche beziehen, erst recht keine Gerichtsbarkeit für *die Stadt* abgeleitet werden. Es wird sich vielmehr zeigen, dass der Besitz oder der Erwerb dieser Gerichtsgewalt, welche ziemlich gleichbedeutend mit der Souverainität über die Stadt ist, erst dann erfolgt, nachdem alle anderen nutzbaren, einst königlichen Hoheitsrechte auf den Bischof übergegangen sind. Theilweise geschah dies auf rechtem Wege urkundlicher Uebertragung. Begonnen wurde mit den einträglichen Regalen rein *wirthschaftlichen* Charakters. Im Jahre 923 wird der Zoll verliehen, das *thelonei, debitum, quod ad eundem locum Wirceburg debet persolvi a cunctis, qui cum mercatus sui mercimonio ab universis provinciis et civitatibus illuc conveniunt*²⁾.

Nicht um die Errichtung einer neuen Zollstätte, sondern um die — vielleicht erneute — Uebertragung einer alten, einst königlichen, handelt es sich. Diese Urkunde von 923 stimmt fast wörtlich mit einer anderen von 918³⁾ überein, *ohne*, wie das die gewöhnliche Regel solcher

¹⁾ cfr. *Wegele* Fürstbischof Gerhard und der Würzburger Städtekrieg (Nördlingen 1861) p. 5—10. *Wegele* Einleitung zum historischen Album p. 5.

²⁾ M. B. 29 p. 1. pag. 159. (DD. I 43 No. 5.)

³⁾ M. B. 29 pars I p. 155.

Erneuerungsdiplome ist, auf dieselbe Bezug zu nehmen. Dagegen beziehen sich beide Urkunden auf ein angeblich verbranntes Diplom Ludwig des Frommen, durch welches derselbe die Zolleinkünfte, welche bis dahin Lehen eines Grafen Wichbold gewesen waren, auf den Bischof Wolfger (810—832) übertragen haben soll. Ganz unverdächtig ist die Berufung auf ein „verbranntes“ Diplom nie, hier in der Urkunde von 923 um so weniger, als ganz von dem Diplom von 918 geschwiegen wird. Wenn es sich um die Erneuerung eines verlorenen Originals handelte, so war vor dem Könige ein Inquisitionsverfahren nothwendig. Jede an dem Rechtsobjecte interessirte Person musste bei diesem Verfahren zugegen sein. In der That erscheint denn in der Urkunde von 918 ein Graf Heinrich, der „rogatu et consultu“ die Bitte des Bischofs unterstützt. In der Urkunde von 923 kommt zwar kein Graf als mitwirkende Person vor, doch bringt Fries ¹⁾ die bemerkenswerthe Notiz, dass ein Graf Boppo den Bischof Thioto nach Quedlinburg begleitet habe. In der That lässt sich derselbe urkundlich als Begleiter des Bischofs (nach Quedlinburg) nachweisen ²⁾. Diesen Grafen Boppo weist Fries dem Henneberger Grafengeschlecht zu und lässt ihn gar Domherrn und Burggrafen von Würzburg sein ³⁾. Da der Name Poppo in der That der specifische Familienvorname der Henneberger ist, so wäre es sehr wohl möglich, dass wir es in diesem Grafen Poppo mit einem Henneberger zu thun hätten, obgleich der Eigename dieses Geschlechtes, wie der der meisten andern, nicht vor dem XI. Jahrhundert nachweisbar ist.

Zweierlei ergibt sich aus dem Bisherigen. *Erstens*: Es kann zwar fraglich sein, ob wirklich diese Zollüber-

¹⁾ bei *Ludwig* Geschichtsschreiber des Bisthums Würzburg p. 433 u. 435.

²⁾ cfr. Urk. v. 8. April Quedlinburg M. B. 28¹. p. 162. (DD I 44 No. 6).

³⁾ natürlich irrthümlich.

tragung schon von Ludwig dem Frommen privilegiert worden ist; denn, ausser der Urkunde von 918, auf welche unsere Urkunde von 923 nicht einmal Bezug nimmt, kommt in der ganzen Zeit von gerade hundert Jahren keine Erneuerung eines so wichtigen Diplomes vor. *Zweitens* kann es aber gar nicht fraglich sein, dass ursprünglich der *öffentliche* Beamte (der Graf) der Inhaber dieses Regals gewesen war. Es ist die verfassungsgeschichtlich nachgewiesene Regel, dass diese einträglichen Regale auf den Grafen, der anfangs nur mit ihrer Verwaltung betraut war, als Lehen überzugehen und mit der Grafschaft erblicher Besitz zu werden pflegten. In Uebereinstimmung mit dieser Regel nimmt denn auch die angeführte Urkunde Ludwig des Frommen einem *Grafen* Wicbold ¹⁾ dieses *Lehen* und überträgt es auf den Bischof Wolfger.

Die beiden uns erhaltenen Urkunden von 918 und 923 sind beide unter der Mitwirkung von Grafen entstanden, wenn auch die letztere es verschweigt. Und überdies gehört der Graf Poppo, der bei dem Inquisitionsverfahren vor dem Könige nothwendig war, wahrscheinlich dem Henneberger Grafengeschlechte, (den späteren Burggrafen von Würzburg) an. Mag man nun denken, dass die Uebertragung der Zolleinkünfte ein Privatgeschäft zwischen Graf und Bischof *ohne* königliche Sanktion, oder schon ursprünglich eine königliche Verfügung gewesen sei, jedenfalls zeigt die Bestätigungsurkunde von 923, dass dem Bischofe ein Regal verliehen wurde, das ursprünglich sich in den Händen des öffentlichen, königlichen Beamten befunden hatte. Im Laufe von weiteren hundert Jahren geht nun ein Regal nach dem anderen (es ist hier immer die Rede von den nutzbaren Hoheits-

¹⁾ Dieser Graf Wicbold lässt sich in der That für das Jahr 823 nachweisen, cfr. M. B. 31¹, pag. 50. No. XX. War dieser Wicbold also Inhaber des städtischen thelonei debitum, so war er auch der Graf des Gaues, in welchem Würzburg lag.

rechten *innerhalb der Stadt*), sei es auf dem Wege rechtlicher Belehnung, sei es durch blos thatsächlichen privaten Erwerb auf den Bischof über. Diese Fortschritte der bischöflichen Macht *innerhalb der Stadt* sind die blosse Consequenz der Machterweiterung, die die bischöfliche Herrschaft in *territorialer* Beziehung erfahren hatte. Die grossen Schenkungen, welche die Kirche im Jahre 1000¹⁾ und 1013²⁾ erhielt, stehen in unverkennbarem Zusammenhange mit dem Privileg von 1030³⁾, dem wichtigsten Diplome in Hinsicht auf die Veränderung der staatsrechtlichen Stellung, welche die Stadt anfangs einnahm.

Es ist dieses letztere das einzige Diplom, welches sich direkt und ausschliesslich auf die Stadt bezieht. Man hätte also wohl erwarten können, dass dasselbe einer besonderen Beachtung in den bisherigen verfassungsgeschichtlichen Arbeiten über Würzburg gewürdigt worden wäre. Statt dessen hat man die Bedeutung desselben allgemein unterschätzt, und dem alten Fries folgend, einen merkwürdigen Irrthum begangen, indem man durch dieses Privileg „das ganze Stadtgebiet“ die *terra civitatis* in die Hände des Bischofs gelangen liess, wodurch ja dann der Letztere der ausschliessliche Grundherr der ganzen Stadt geworden wäre⁴⁾.

„*Totius civitatis districtus*“ heisst aber nicht „das ganze *Stadtgebiet*“ sondern heisst entweder *mulcta judiciaria* oder *potestas judiciaria* = *bannus civitatis*. d. h. die Gerichtsbarkeit über die Stadt⁵⁾.

1) M. B. 28 P. I pag. 286—290. 440—441.

2) M. B. 29 P. I p. 30.

3) M. B. 29 P. I p. 30.

4) *Fries* l. c. p. 465. *Henner* Herzogl. Gewalt p. 95. *Rosenthal* Geschichte des Eigenth. p. 3. *Gramich* loco c. p. 4. Zeile 3—9.

5) cfr. Du Cange sub voce „*districtus*.“ Waitz Verf. Gesch. VI, 458. N. 1. VII, 28. N. 3. 29. N. 1. 2. 3. 365 N. 5. VIII, 5 ff.

Vor der Besprechung dieses nach manchen Seiten hin sehr bemerkenswerthen Diploms sei noch einmal an die oben besprochene (923 in einer zweifellos echten Urkunde bestätigte) Zollverleihung erinnert. Damit war der Anfang gemacht worden, die öffentlichen Hoheitsrechte in der Stadt auf den Bischof zu übertragen. Weitere urkundliche Uebertragungen liegen nicht vor. Auch unsere Urkunde vermag sich auf solche Zeugnisse eines rechtmässigen Erwerbes nicht zu berufen, aber ihrem Wortlaute nach begründet sie trotzdem nicht einen neuen Zustand der Dinge, sondern gewährt nur einem fertig vorgefundenen die rechtliche Anerkennung: *Sicut fuerat ante nostra tempora constitutum in prefati episcopi ejusque successorum potestate deinde esse concedimus*. Es unterliegt demnach keinem Zweifel, dass die Bischöfe nach und nach alle in dieser Urkunde übertragenen nutzbaren Hoheitsrechte an sich gebracht hatten, sodass dem Könige nichts übrig blieb, als das Gewordene anzuerkennen. Der Fiskus erlitt dadurch einen bedeutenden Verlust an öffentlichen Einkünften; denn höchstwahrscheinlich umfasste diese Vergebung den Gesamtcomplex aller einträglichen Regale in der Stadt. Aber es muss doch wohl ein bereits verjährter Besitz gewesen sein; denn Konrad II. war im Allgemeinen sehr wenig geneigt, der Kirche etwas zu schenken, worauf er selbst in irgend welcher Weise noch Anspruch erheben konnte¹⁾.

Pro petitione Megenhardi ibidem monetam publicam, naulum, mercatum cottidianum, theloneum et totius urbis districtum, sicut fuerat ante nostra tempora constitutum in prefati episcopi ejusque successorum potestate deinde esse concedimus. Es ist noch nicht ohne Weiteres klar, ob hierdurch nur die Münz-, Fähr-, Markt-, Zoll- und Gerichtsgefälle oder ob zugleich die entsprechende Ge-

¹⁾ cfr. *K. W. Nitzsch*: Das deutsche Reich und Heinrich IV. in Sybels historischer Zeitschrift Bd. 45. (N. F. 9) p. 195.

rechtsame übertragen werden sollte. Der Ausdruck „in potestate esse concedimus“ spricht für die Uebertragung der *Gewalt neben* den Gefällen. Von Belang ist dieser Unterschied jedoch nur für den „districtus totius urbis.“ Auch in diesem Falle spricht indessen der Singular districtum für die *potestas judiciaria*, während bei der Bedeutung „Strafgefälle“ der Plural hätte stehen müssen¹⁾.

Offenbar war übrigens dieser Complex von nutzbaren Hoheitsrechten nicht die zufällige Summe neben einander aufgeführter, von einander aber unabhängiger Einzeldinge, sondern er umfasst ein zusammengehöriges Ganzes, dessen Theile sich alle unter einem Begriffe zusammenfinden: Das gesammte *Verkehrsleben* wurde der Oberaufsicht des Bischofs unterworfen; die mit dem Verkehr in Verbindung stehenden früheren Regale wurden zu *bischöflichen* Gerechtsamen, wie die früher königlichen Beamten, denen die Verwaltung derselben oblag, entweder schon vor diesem Privilege Beamte des Bischofs geworden waren, oder jetzt dazu wurden²⁾.

Das tägliche Marktrecht bildet den Kern dieser Uebertragungen, an den sich die übrigen, wie blosse Consequenzen anschlossen³⁾.

¹⁾ Bei der Grafschaftsschenkung vom Jahre 1013 (M. B. 28 P. I p. 440) kam der Ausdruck cum banno et districtu vor. Auch hier lässt sich districtus um so leichter als ein blosses Synonymon von bannus denken, da ja auch in dem mittelalterlichen Deutsch „*Zwing uud Bann*“ meist zusammen genannt werden.

²⁾ So oft eines dieser Regale auf den Bischof überging, musste mit dem „beneficium“ das ministerium ein bischöfliches werden. So heisst es denn auch zum Schlusse dieser Urkunde von 923 (Zollregal): ut nullus a fidelibus nostris vel quislibet ullam inquietudinem rectoribus memoratae ecclesiae aut *ministris* ejus facere audeat vel presumat. Im Uebrigen cfr. *K. W. Nitzsch*: Ministerial. u. Bürgerthum p. 70—71.

³⁾ Es finden sich auch ausserhalb Würzburgs ähnliche Verleihungen, bei denen man schon am Wortlaute der Urkunde erkennt, dass das Marktrecht den Mittelpunkt derselben bildet. So verleiht Heinrich IV. 1057 dem Bischof von Bamberg das

Das, was zu dem Alten neu hinzugefügt wird, die Berechtigung, einen achttägigen grossen Jahrmarkt abzuhalten, zeigt noch deutlicher die Tendenz dieser Verleihungen: Handel und Wandel der Stadt soll gehoben, zugleich aber für den Bischof nutzbar gemacht werden. Die Leitung und Oberaufsicht über Alles, was mit dem Verkehre in Verbindung stand, wurde zu einer einheitlichen gemacht ¹⁾.

Der umfassenden Massnahme zur *Hebung* des Verkehrs mussten umfassende Vorkehrungen zum *Schutze* desselben entsprechen. Es stellt sich demnach die hier übertragene *städtische Gerichtsbarkeit* gleichfalls als eine Consequenz der *Marktberechtigung* dar, obschon sie das bei weitem wichtigste Stück der gemachten Uebertragungen ist ²⁾.

Es ist die Wahrscheinlichkeit bereits dargethan, dass mit diesem Privileg die *Gerechtsame* und die Einkünfte aller namhaft gemachten Regale dem Bischofe verliehen wurden. Die Einkünfte dieser Regale konnte der Bischof schon lange auf privatem Wege, von dem, der sie zu Lehen besass, erhalten haben. Die Gerechtsame konnte nur durch königliche Verleihung auf ihn übergehen. Dass er aber in der That gerade im Jahre 1030 erst durch dieses Privileg die „potestas“ erhielt, lässt sich an den beiden vornehmsten Regalen unwiderleglich feststellen:

mercatum in villa Hadericherbrucca, *cum banno*, monetariis monetis, *theloneis omnibusque forensis juris utensilibus* cfr. M. B. 29 P. I. 140. cfr. ausserdem M. B. 29 P. I p. 112, wo die Identität von „*bannus*“ und *districtus* ersichtlich wird.

¹⁾ Man kann nicht entscheiden, ob die Verwaltung und Sorge für die Stadt so sehr mit diesen Einnahmen zusammenhing, dass auch sie damit vollständig in die Hände des Bischofs kam. Das Wahrscheinlichere ist es wohl.

²⁾ Insuper . . . mercatum annuale . . . permittimus et omnibus illuc confluentibus, ibi demorantibus, inde recedentibus *pacem legem ac justiciam fieri* precipimus. (ibidem, M. B. 29 P. I p. 30.)

bei der *Münze* und der *Gerichtsbarkeit*. Dass die alte *königliche* Münze hier übertragen wurde, zeigt das moneta „*publica*“; dass mit dieser Münze zugleich die Münzgerechtigkeit tradirt wurde, beweist der Umstand, dass die ersten würzburgisch *bischöflichen* Münzen von Megenhard (1018 — 1033) geprägt sind. Auf diesen Umstand hat schon Fries hingewiesen ¹⁾.

Dass es mit der Gerichtsbarkeit nicht anders gewesen ist, wird aus dem Folgenden hervorgehen.

In Verbindung gebracht mit unserer Urkunde (1030) gewinnt eine kleine Notiz eines gleichzeitigen Schriftstellers eine hohe Bedeutung: *Otloh*, der Verfasser der *Visiones* ²⁾, berichtet, dass zur Zeit seines Aufenthaltes in Würzburg — und derselbe fiel in die Jahre 1030 — 1032 ³⁾ — zu gleicher Zeit zwei *Tribune* zu ihrem Amte gelangt wären: *fuere ibi duo tribuni sub uno tempore sua potestati potiti*. Handelt es sich hier um zwei *Tribune*, die zu gleicher Zeit zu ihrem Amte gelangten, indem sie zwei Vorgängern in demselben nachfolgten, oder handelt es sich um die erstmalige Installirung zweier Beamten in zwei völlig neu geschaffene oder umgewandelte Beamtungen? Der Ausdruck „*sub uno tempore potestati potiti*“ würde offenbar wenig am Platze sein, wenn blos der gewohnte ganz regelmässige Wechsel eingetreten wäre, dagegen ist er vollkommen begreiflich, wenn jene Beamten die ersten waren, die das *neue* Amt bekleideten.

Indem dem Bischof der *districtus totius civitatis* zugestanden wurde, der eng im Zusammenhange mit dem blos *städtischen* Verkehrsleben stand, musste sich das Gebiet der Stadt als ein gesonderter Gerichtsbezirk aus dem alten Gaugerichtsverbande herausheben. Ein *städti-*

¹⁾ cfr. Archiv des histor. Vereins für Unterfranken. 22. Band p. 42, 43. Anmerkung 2.

²⁾ M. G. S. S. XI. 379.

³⁾ cfr. *Wattenbach* Gesch. Quell. 4. Auflage II pag. 54, 55, 56 Anm. 2. *Gramich* l. c. p. 4, 5 Anm. 4.

sches Recht musste sich im Gegensatze zu dem allgemeinen Landrechte ausbilden. Der oberste Gerichtsbeamte konnte nicht mehr der alte Gaugraf sein, sondern es wurde der Burggraf, und es fällt also die Umwandlung des alten Gaugrafenthums in das städtische Burggrafenthum gleichfalls mit Sicherheit in diese Zeit und steht im Causalzusammenhange mit dem Privileg von 1030. Das lässt sich durch folgende Erwägungen darthun: Zwar kommt, ausdrücklich als solcher erwähnt, erst in einer Urkunde von 1069¹⁾ ein Burggraf Eberhard vor²⁾.

Aber diese Urkunde ist auch eine der ältesten uns erhaltenen Stiftsurkunden (abgesehen natürlich von den kaiserlichen Immunitäts- und Schenkungsdiplomen). Nur *zwei* ältere Würzburger Stiftsurkunden sind uns erhalten, die eine aus dem Jahre 1036³⁾, die andere von 1057⁴⁾. In der ersten fehlt die Zeugenreihe am Schlusse der Urkunde, und es wird nur innerhalb des Textes⁵⁾ erwähnt, dass die Handlung in Gegenwart des Kaisers und eines Erzbischofes vollzogen wurde. Die Urkunde von 1057 stellt an die Spitze der Laienzeugen den *Eberhardus comes nostreque advocatus ecclesiae*. Es unterliegt, (da später Prefectur und Advocatie immer in einer Hand vereinigt sind, — nur eine einzige nicht ganz feststellbare Ausnahme ist vorhanden — keinem Zweifel, dass der Eberhardus comes et advocatus ecclesiae⁶⁾ identisch ist mit

¹⁾ M. B. 37, 28.

²⁾ Man könnte den Einwurf machen, dass, da comes und praefectus an sich beide den Grafen bedeuten, erst ein comes *urbanus* oder praefectus *urbis* den Burggrafen zweifellos bedeuten würde; aber nicht blos das „Eberhardo prefecto“ bei dem Datum als Zeitbestimmung neben König und Bischof deutet auf das zweifellos burggräfliche Amt, sondern praefectus allein heisst in Würzburger Urkunden *Burggraf*.

³⁾ M. B. 37, 21.

⁴⁾ M. B. 37, 25.

⁵⁾ l. c. p. 23 letzte Zeile.

⁶⁾ 1057. M. B. 37 p. 27.

dem Eberhardus prefectus der Urkunde von 1069. Es ist überdies vollkommen correct und der Sachlage entsprechend, dass in dem ersten Falle die *Advocatur* im zweiten die *Prefectur* hervorgehoben wird; denn 1057 handelt es sich um einen ganz specifisch kirchlichen Gütertausch, bei dem Eberhard nur in seiner Eigenschaft als Advocat zugegen sein musste, in dem zweiten Falle handelte es sich um die Schenkung eines Freigelassenen von einem Freien, dessen ordnungsmässiger Richter der Burggraf war. Ist es demnach im höchsten Grade wahrscheinlich, dass der comes et advocatus ecclesiae der Urkunde von 1057 eben ein comes urbanus war, so bleibt für die Entstehung des Amtes die Zwischenzeit von 1030—1057. Kurz nach 1030 müssen jene Tribunen ins Amt getreten sein, von denen *Otloh* berichtet. Die Stadt, als ein für sich bestehender Gerichtsbezirk, fordert den Burggrafen; die tribuni als die specifischen Unterbeamten desselben, erfordern gleichfalls die Entstehung des Amtes kurz nach 1030. Unverkennbar steht also die Umwandlung des alten Gaugrafenthums in das städtische Burggrafenthum in causalem Zusammenhange mit dem Privileg von 1030.

Cap. II.

Die Ausbildung des bischöflichen Ministerialenstandes.

Mit diesem Privileg von 1030 ist eine Entwicklungsphase des städtischen Verfassungslebens abgelaufen, wie sie nicht blos Würzburg, sondern die meisten Bischofsstädte durchgemacht haben. Der Bischof ist Inhaber aller Hoheitsrechte in der Stadt geworden. Die Gefälle der Münze, der Fähre, des Zolles fließen in seine Kammer; nicht weniger die Abgaben vom Markt und die Gerichtsbussen ¹⁾).

Die Gerichtsbarkeit selbst ist fortan nicht mehr eine *königliche*, sondern eine *bischöfliche*, die sie ausübenden Beamten aber, bleiben, obgleich sie nun ebenfalls zu bischöflichen werden, ihrem Charakter nach *öffentliche* Beamte. Um jedes Missverständniss auszuschliessen, sei daran erinnert, dass vor allem der Burggraf-Vogt zur Ausübung der Blutgerichtsbarkeit der Bannbelehrung seitens des Königs bedurfte. Gerade dieses Moment hielt den Zusammenhang zwischen ihm und dem Könige und dadurch den Zusammenhang der von ihm vertretenen Einwohnerklasse mit dem Reiche aufrecht und verhinderte

¹⁾ Es ist nachweisbar, dass sich unmittelbar nach dieser Zeit ein specifisch würzburgisches *Marktrecht* ausgebildet haben muss, das dem Regensburger und dem Bamberger Rechte verwandt gewesen sein dürfte. cfr. M. B. 29. P. 1, 160. Urkunde vom 19. Juli 1062.

es, dass die weitere Entwicklung eine Richtung auf ein allgemeines *Hofrecht* nahm¹⁾.

Die Ausübung, Verwaltung und Controle aller jener Einkünfte erforderte die Organisation eines zahlreichen Beamtenstandes, dessen Mitglieder durch die erworbene Erfahrung und Sachkenntniss bald unentbehrlich geworden, einen Einfluss gewannen, der sich nicht bloß auf jene Verwaltungsangelegenheiten allein erstreckte.

Man kann die Frage aufwerfen, ob zum Theil diese Ministerialen nicht ursprünglich Reichsministerialen waren; die Münzgenossenschaft vor Allem musste doch schon früher bestanden haben, als die Münze noch ein volles Regal war. Leider verbreitet das vorhandene Urkundenmaterial auf diese Frage so wenig Licht, dass man sich begnügen muss, hier auf eine sehr wichtige Lücke unserer Kenntniss hingewiesen zu haben²⁾.

Unterschieden sind diese Ministerialen auf jeden Fall von den Offizialen, welche dem Bischofe zu persönlichem Haus- und Hofdienst verpflichtet waren. Im Laufe der Zeit dringen allerdings diese letzteren immer mehr in die Reihen der ersteren ein und gelangen selbst mit dem Wachsen der fürstbischöflichen Macht zu gleichem Range³⁾.

Zu erörtern bleibt noch die Frage, ob dieser Beamtenstand neben der Verwaltung dieser nunmehr bischöflichen Gerechtsame und Einkünfte auch die Verwaltung

¹⁾ cfr. *Heussler* Ursprung der deutsch. Städteverfassung p. 52—87.

²⁾ Vergl. über diese Fragen: *Zallinger* Ministerialen u. Milites. *Ficker*: Ueber das Eigenthum des Reichs am Reichskirchengute. Wien 1873 p. 55 ff. gedruckt zuerst in: S. B. d. kaiserl. Academie der Wissenschaften Bd. 72.

³⁾ Man erkennt den ursprünglichen Unterschied noch in einer Urkunde von 1104. M. B. 37, 31, 33, wo es bei einer Uebergabe von servientes an die Kirche heisst: *ea pactionis firmitati, quatinus episcopo ejusdem loci libere serviant, eo scilicet jure, quo serviunt majores ministeriales ejusdem ecclesiae.*

etwaiger communalen Angelegenheiten besorgte. — Denn wer versah die Geschäfte des Wege-, Strassen- und Brückenbau's, wer hatte die Aufsicht über die Befestigungen der Stadt? Allem Anschein nach allerdings diese Ministerialen, aber nur mit allem Vorbehalt lässt sich diese Ansicht aussprechen.

Der Regel nach zu schliessen, war die Sorge für diese Dinge ursprünglich eine *öffentliche* (nicht *communale*) gewesen. Sie hatte zu den Obliegenheiten des öffentlichen Beamten, des Grafen gehört, und derselbe hatte sie aus den Einkünften zu bestreiten, welche aus der Verwaltung der Regale flossen ¹⁾.

Folgerichtig müsste deshalb mit dem Uebergange der öffentlichen Einnahmen auf den Bischof auch die Sorge für diese Dinge dem letzteren anheimgefallen sein, mit anderen Worten, auch die communalen Angelegenheiten wären von bischöflichen Beamten verwaltet worden, und Regierung, Verwaltung und Schutz der Stadt hätte sich ganz und gar in den Händen der Ministerialen mit *Ausschluss aller Bürger* befunden. Es wäre wenig gegen eine solche Forderung zu sagen, wenn es glaubhaft wäre, dass unter den Letzteren alle *altfreien* Elemente unterdrückt wären. Nun ist aber die Frage nach diesem etwaigen Bestandtheile der Würzburger Bevölkerung in dem Bisherigen noch gar nicht berührt worden. Was sich für oder gegen die Annahme altfreier Elemente in unserem Falle geltend machen lässt, muss nunmehr an der Hand eines Materials geprüft werden, welches es nicht gestattet, die Grenze einer Hypothese zu überschreiten.

Mit Ausnahme von Fries hat man allgemein angenommen, dass das Würzburger Patriziat des XIII. Jahr-

¹⁾ Allerdings hat man auch schon sehr frühe zu Steuern gegriffen; denn die älteste Form derselben die Vogtbeden standen im Zusammenhange mit solchen communalen Ausgaben. cfr. *Zeumer Städtesteuern* p. 38 ff.

hunderts auf Altfreie zurückzuführen sei, ohne den Nachweis zu führen, dass sich wirklich Altfreie, d. h. Vollfreie mit freigebliebenem Grundeigenthum, erhalten haben¹⁾.

So viel kann man allerdings mit Gewissheit sagen: Waren *vor 1030* zu irgend einer Zeit altfreie Bürger in Würzburg, so gab es wenigstens keine Immunitätsbestimmungen, durch welche der Charakter dieser Einwohner als Vollfreie wäre herabgemindert worden. Erst recht kann man aus der Art und Weise wie 1030 zuerst dem Bischofe die Gerichtsgewalt in der Stadt eingeräumt wird, keine Folgen ableiten, die einen Verlust an persönlicher Freiheit der Bürger hervorgebracht hätten. Gab es aber eine beträchtliche Anzahl altfreier Bürger in Würzburg, dann muss man erwarten, dass dieselben nach jener Zeit von 1030 auch eine Rolle spielten, durch die sie bemerklich wurden. Nun besteht unser Material, aus dem wir einzig und allein Schlüsse auf das Bestehen solcher Altfreien ziehen könnten, aus den Urkunden der Jahre 1057—1150 (cr.) resp. aus den Zeugenreihen dieser Urkunden²⁾. Nur zwei dieser Urkunden führen unter den Laienzeugen ausdrücklich eine geschlossene Reihe als Bürger, als *urbani* oder *urbani cives* an. Es sind die Urkunden von 1069 und 1115³⁾. Von vornherein ist es noch nicht sicher, ob bei der ersteren das zwischen-

¹⁾ *Gramich* l. c. p. 7. Anm. 4 (auch p. 4 letzte Zeile des Textes).

Rosenthal Geschichte des Eigenthums in der Stadt Würzburg p. 10, 11. Nur Rosenthal versucht einen aber wenig überzeugenden Beweis, indem er sich auf die unhaltbare Annahme stützt, dass „dominus“ mit Gewissheit einen bürgerlichen Altfreien mit Ausschluss jeder anderen Bedeutung bezeichne. p. 12. Gerade von diesem Autor einen Beweis für die Altfreien angestrengt zu sehen, war befremdlich, weil derselbe ja wenige Seiten vorher durch das Privileg von 1030 den ganzen Grundbesitz der Stadt dem Bischof übertragen werden lässt. cfr. *ibid.* p. 3.

²⁾ Im Zusammenhange gedruckt M. B. 37.

³⁾ M. B. 37 p. 29 u. 39.

gestellte „de urbanis civibus“ sich auf die vorhergehende oder auf die folgende Reihe der Zeugen bezieht, auch im Uebrigen ist es bequemer, die Untersuchung mit der Urkunde von 1115 zu beginnen.

Es sei vorausgeschickt, dass die Angelegenheit, um die es sich hier handelt, wahrscheinlich in einer Gerichtsversammlung entschieden wurde, in welcher der Bischof selbst den Vorsitz führte¹⁾.

Bei der Findung des Urtheils scheinen nur die Liberi (zwei Herzöge und acht Grafen) und die ministeriales mitgewirkt zu haben, wobei zu bemerken ist, dass in Würzburger Urkunden, wie sich noch zeigen wird, häufig der Begriff „ministeriales“ die „urbani“ mit einschliesst. Die Zeugenreihe aber führt getrennt von einander erst die Ministerialen und dann eine mehr als doppelt so zahlreiche Reihe von Bürgern auf. Ein Vergleich dieser so deutlich von einander getrennten Zeugenreihen mit den Zeugen der vorhergehenden Urkunden ergiebt nun folgendes Resultat. Bezeichnet man die Reihe der Bürger in der Urkunde von 1115 mit *B.*, die der Ministerialen mit *M.*, so weisen die einzelnen Urkunden der vorhergehenden Jahre folgende Anzahl von Namen als identisch mit unseren Zeugen auf:

1106²⁾ mit *B.* 7; mit *M.* 5.

1104³⁾ „ „ 6; „ „ 3.

¹⁾ in manifesto synodo . . . una cum clero et populo civitatis p. 38. Dem Ausdrücke in manifesto synodo steht in einer Urkunde von 1140 *M. B.* 37, 51 der Ausdruck in generali placito gegenüber, der zweifellos die Gerichtsversammlung bedeutet. 1140 scheint der burggravius-advocatus eine Art zweites Praesidium gehabt zu haben, während er 1115 gar nicht erwähnt ist. Das machte mich zweifelhaft, ob 1115 wirklich eine Gerichtsversammlung angenommen werden kann; nur schien mir die Sache eine solche zu fordern.

²⁾ *M. B.* 37, 35.

³⁾ *M. B.* 37, 34.

1103¹⁾ mit B. 6; mit M. 5.

1096²⁾ „ „ 13; „ „ 2.

Dabei ist zu betonen, dass die sehr seltenen Namen in der Bürgerreihe wie *Liebold*, *Kadelhoch*, *Gundelhoch*, *Rudeger* keinen Zweifel daran gestatten, dass die Identität der Namen einer Identität der Personen entspricht. Aufwärts zeigen die Urkunden

1131³⁾ mit B. 6; mit M. nur 1

1135⁴⁾ „ „ 6; „ „ „ 2

Namen identisch. Ueberall überwiegt also das bürgerliche Element und immer ist das Verhältniss von B. zu M. numerisch ein fallendes. Vergleichen wir nun die Urkunde von 1096⁵⁾ mit der von 1069⁶⁾, so finden sich in 1096 noch 4 Namen identisch mit der ersten Reihe der Letzteren. Diese erste Reihe ist nun nachweislich die Reihe der Bürger; denn erstens ist hier gleichfalls das numerische Verhältniss ein fallendes, und dann entspricht die Nachsetzung von *de urbanis* dem sonstigen Verfahren der Urkunde. Dann erhalten wir für die Urkunde von 1096 nicht weniger als *zwanzig* Bürger unter den Zeugen, obgleich eine rein kirchliche Angelegenheit hier verhandelt wurde.

Nun besagt aber dieses fallende numerische Verhältniss noch keineswegs, dass demselben eine höhere Bedeutung der Bürgerschaft gegenüber der Ministerialität da entsprochen habe, wo es sich um activen Antheil an der Leitung der öffentlichen und communalen Dinge handelte. Um über diesen Punkt zu einer Ansicht zu gelangen, ist zu untersuchen, ob in den Verhandlungen, welche die Urkunden protokolliren, der active Antheil

1) M. B. 37, 32, 33.

2) M. B. 37, 30.

3) M. B. 37, 41, 42.

4) M. B. 37, 43.

5) M. B. 37, 30.

6) M. B. 37, 29.

der Ministerialen ein nachweisbar geringerer war, und ob der Grad der persönlichen Freiheit der Bürger und ihre sociale Stellung so ungleich höher erscheint, als der der Ministerialen, dass uns dieser Umstand nöthigt, auch einen bedeutenden Einfluss der Bürger auf die Verwaltung der öffentlichen und communalen Angelegenheiten anzunehmen.

Die Antwort auf die erste Frage fällt unzweifelhaft ungünstig für die Bürger aus. Nur zwei Urkunden, die von 1057 und die von 1115 lassen eine starke Betheiligung von Laien an den betreffenden Verhandlungen hervortreten. Die erste¹⁾ führt ausser den Mitgliedern des Domcapitels und drei Grafen nominell nur noch 3 Ministerialen²⁾ an, und fügt nur ganz im Allgemeinen hinzu: *una cum clero familiaque adhortantibus*. Schon hieraus ist klar, dass *erstens* der Einfluss der Bürger, falls er sich überhaupt geltend gemacht hat, gegen den der Ministerialen zurücktrat, und *zweitens*, dass es ein bedenklich negatives Zeugniss für den Grad der persönlichen Freiheit dieser Bürger ablegt, wenn dieselben, deren Anwesenheit die Zeugenreihe beweist, unter dem Ausdruck *familia* (sc. *ecclesiae*) mit einbegriffen werden.

Die Urkunde von 1115 bestätigt dieses Resultat durchaus. Der Umstand, dass durch ein Weisthum der Sachverhalt klar gelegt wird (*aperta veritate coram liberis et ministerialibus*) rechtfertigt die Annahme, dass man es hier mit einer Gerichtsversammlung zu thun hat, in welcher nothwendig auch die Bürger zugegen sein mussten. Das braucht nicht erst bewiesen zu werden; denn die Zeugenreihe führt ausdrücklich 28 als *urbani* auf. Der Text der Urkunde lässt sogar eine gewisse Theilnahme derselben am Gange der Handlung vermuthen³⁾

¹⁾ M. B. 37, 26.

²⁾ Gumberto, Marcuardo, Ebone militibus pie consulentibus.

³⁾ *cum omni clero et populo civitatis miserti sumus.*

und dennoch wird das Urtheil nur gefunden von den *Liberis et Ministerialibus*. Da nun nach dem Sprachgebrauch der Würzburger Urkunden die Bürger niemals mit „*Liberi*“ bezeichnet werden, so bleiben nur zwei Möglichkeiten offen: entweder waren die Bürger bei Findung des Urtheils ausgeschlossen, oder der Ausdruck „*ministeriales*“ umfasste auch sie mit. Was man aber auch annehmen mag, beides bestätigt nur das, was schon aus der Urkunde von 1057 geschlossen wurde: entweder den Vorzug der Ministerialen oder die geringe freiheitliche Stellung der Bürger, die es erlaubte, sie unter den Begriff *ministeriales* einzuschliessen¹⁾.

Nun haben wir noch ein ganz direktes Zeugniß dafür, dass ein Theil der 1115 aufgezählten Bürger ein andermal unzweifelhaft mit unter die Ministerialen gestellt wurde²⁾.

Die Zeugenreihe der Urkunde von 1135³⁾ führt nach Aufzählung der Geistlichen nur noch eine Anzahl *ministeriales* an, unter ihnen Herold, Kadelhoch, Libolf,

¹⁾ Dass nur diese zwei Möglichkeiten zugelassen werden können, zeigt eine Urkunde von 1189 (M. B. 37, 139) Burggraf Boppo glaubt sich von dem Bischof an seinen Rechten gekränkt und provocirt das Urtheil eines Gerichtes: (*queri postulavit per sententiam*) das der Bischof als *judicium nostrum* bezeichnet. Das gegebene Weisthum fällt im Prinzip zu Gunsten des Burggrafen aus. Der Bischof aber stellt demselben ein zweites Weisthum entgegen, das *de facto* zu Gunsten des Bischofs entscheidet. Beide Weisthümer sind gegeben: a *Liberis et Ministerialibus*, qui tunc assidebant *judicio nostro*. Die Zeugenreihe der Urkunde weist aber nur Ministerialen auf. (Ueber Ekkehardus comes siehe weiter unten, auch dieser war nur ein Ministeriale).

²⁾ Aus Mangel an Material konnte es nicht untersucht werden, wie weit diese Ministerialen *majoris ordinis* durch ihre factische Bedeutung die ursprünglich halbfreie Abkunft vergessen gemacht hatten, so dass es ein so gar grosser Schritt von einem freien Bürger herunter zu einem *ministerialis ecclesiae* gar nicht mehr war.

³⁾ M. B. 37, 43.

Gerung, Gotefried, Namen, deren Identität mit den Personen der Zeugenreihe B. von 1115 fraglos zu sein scheint.

Wie stellen sich nun die bisher gewonnenen Resultate zu der Annahme von *Altfreien* in Würzburg. Angenommen, es war wirklich eine grössere Anzahl derselben vorhanden, so wird man sich dieselben naturgemäss in irgend welchem genossenschaftlichen Gemeindeverbande geeinigt denken müssen. Man muss zugleich erwarten, dass sie zur Wahrung ihrer Interessen einen beständigen Einfluss auf Verwaltung und Leitung der Stadt behauptet hätten, dass sie dann aber auch als *potentissimi civitatis* und besonders als *testes fidei digni* in den Urkunden auftreten würden. Sollten nun wirklich *Altfreie* sich, wie das von den vertretenen *Bürgern* nachgewiesen ist, mit den Offizialen zusammen unter dem Begriff *ministeriales* haben aufführen lassen? Man könnte entgegnen, dass allerdings die so einmal als Bürger, dann als Ministerialen aufgeführten Zeugen keineswegs *Altfreie*, sondern vielleicht Censualen der Kirche gewesen wären, was aber direkt doch nichts gegen die Existenz der *Altfreien* bewiese. Dann ergäbe sich aber die noch viel unerwünschtere Consequenz, dass Verwaltung und Schutz der Stadt, *ohne Mitwirkung von Altfreien*, von Ministerialen und Censualen gehandhabt worden sei, und das wäre eine Folgerung, die Niemandem glaubhaft erscheinen würde¹⁾.

Was wäre denn überhaupt für die Verfassungsgeschichte der Stadt mit dem Nachweise gewonnen, dass

¹⁾ Die Urkunde von 1131 *M. B. 37, 41* fügt nach Aufzählung von 12 Namen, die sich theilweise unter der Reihe B. theilweise unter der Reihe M. wiederfinden, die also *Ministerialen und Bürger* sind, hinzu: *et omnes potentissimi civitatis*. Natürlich sind nicht darunter die hier etwa nicht genannten eigentlichen Spitzen der Stadt zu verstehen, sondern der Ausdruck umfasst zunächst und in erster Linie die genannten, also Ministerialen und Bürger, dann aber einige von gleichem oder geringerem Ansehen, die nicht genannt sind.

in der That im 11. und 12. Jahrhundert eine Gemeinde Altfreier vorhanden gewesen wäre? Offenbar wäre zunächst dann die Möglichkeit vorhanden, dass diese Altfreien eine ähnliche Stellung eingenommen haben könnten, wie sie das Patriziat des XIII. Jahrhunderts in der That einnimmt. Wie unwahrscheinlich das ist, haben die obigen Ausführungen erwiesen. Wichtiger dagegen wäre eine zweite Consequenz eines solchen Nachweises: In Verbindung gebracht mit der eigenthümlichen Erscheinung des Burggrafen, würde eine solche altfreie Gemeinde auf das wünschenswertheste es documentiren, dass im 11. und 12. Jahrhundert die Stadt keineswegs eine bischöfliche Landstadt gewesen sei, sondern in demselben staatsrechtlichen Verhältnisse zu ihrem Bischofe stand, wie die anderen Bischofsstädte zu dem ihrigen. Wäre aber ohne Altfreie eine solche staatsrechtliche Stellung der Stadt unmöglich? verlor mit anderen Worten das Reich alle die Rechte, welche ihm über die Stadt zustanden, solange sie noch nicht bischöfliche Landstadt war, in dem Augenblicke, wo es aus privaten Rücksichten einer Anzahl Einwohner gefiel, ihre volle Freiheit mit einer für sie vortheilhafteren Abhängigkeit zu vertauschen?

Nach allem Bisherigen wäre es offenbar eine willkürliche Annahme, die durch nichts gerechtfertigt wäre, im 11. und 12. Jahrhundert von Altfreien zu sprechen. Es darf eingestanden werden, dass die weitläufigen vorhergehenden Untersuchungen gar nicht angestellt worden wären, wenn nicht eine Erscheinung so bedeutend hervorträte, die man sich, ohne in Widersprüche zu gerathen, nicht ohne die Annahme von einer starken altfreien Bevölkerung erklären kann. Es ist das *burggräfliche* Amt.

Versuchen wir zunächst, den Charakter desselben festzustellen, soweit das vorhandene Urkundenmaterial Aufklärungen darüber ermöglicht: Schon oben wurde darauf hingewiesen, in welchem causalen Zusammenhange

die Entstehung dieses Amtes mit dem Privileg von 1030 gedacht werden müsse. Bei dem erstmaligen Hervortreten desselben in Urkunden (1069), war die Annahme gerechtfertigt, dass jener Eberhardus prefectus identisch war mit dem Eberhardus comes et advocatus ecclesiae der Urkunde von 1057. Es ist somit ersichtlich, dass von Anfang an Burggrafenthum und Vogtei in einer Hand vereinigt waren¹⁾.

Wie unterscheiden sich nun ihren Funktionen nach die beiden Aemter? Beide waren *bischöfliche* Lehen, ihrem Charakter nach beide *richterliche* Beamtungen. Ihrer räumlichen Ausdehnung nach erstreckten sich die Befugnisse der Vogtei, bei einer Geltung auch für die Stadt, doch weit über dieselbe hinaus, denn sie war Stiftsvogtei; die Befugnisse der Praefectura beschränkten sich dagegen auf den Umkreis der Stadt. Nun wäre es an sich nicht undenkbar — wie auch Fries²⁾ und Schultes³⁾ annehmen — dass die Vogtei, soweit sie sich auf die Stadt beschränkte, prefectura genannt worden, und dass also ein Unterschied in dem Charakter der beiden Aemter nicht vorhanden gewesen wäre. Eine solche Annahme steht zunächst im

¹⁾ Schon oben war einmal von *einer* Ausnahme die Rede: Die Urkunde von 1096 nämlich (M. B. 37, 29; 30) führt bei einem Gütertausch, den die Würzburger Kirche mit dem Kloster Kamberg vornimmt, einen Bruder des damaligen Bischofs als advocatus utriusque ecclesiae an. Es war ein Graf Heinrich von Rotenburg und dem Wortlaute der Urkunde nach sowohl Vogt der Würzburger Kirche als des Klosters Kamberg. Da es nun durchaus am Platze gewesen wäre, dass, falls zwei Advocaten vorhanden waren, dieser Gütertausch per manus utriusque advocati vollzogen worden wäre, so würde Gotebold von Henneberg doch sicher den Titel „advocatus“ erhalten haben, falls er advocatus gewesen wäre. Im Uebrigen hat *Wegele* diesen Gotebold als prefectus für das Jahr 1087 nachgewiesen. cfr. *Wegele* der Hof zum Grafen Ekkehard. Ueber den Grafen Heinrich von Rotenburg vergl. *Walter* R. G. I § 191.

²⁾ l. c. pag. 505.

³⁾ Schultes Gesch. des Hauses Henneberg Theil II p. 275.

Widerspruch mit den allgemeinen Anschauungen über die verschiedenen Competenzen beider Aemter. Zudem widersprechen ihr in Würzburg eine Menge einzelner Thatsachen.

Zunächst ist es nicht der Fall, dass die Vogtei sich zur Burggrafschaft verhalte, wie etwa eine Bezirksvorstandschaft zu einer Ortsvorstandschaft. Dann würde man doch nach *Vögten* und nicht nach Burggrafen in den Urkunden datirt haben. Dieser eine Umstand allein beweist, dass das Amt des Burggrafen an Selbständigkeit und Bedeutung das der Vogtei überragte, und damit stimmen ja auch die Ansichten, die man im Allgemeinen über das Verhältniss beider Aemter zu einander hat, überein. Die Form dieser Datirung wechselt: 1069 Eberhardo urbis prefecto; 1104 Gotheboldo comite; 1115 Gotheboldo urbis prefecto; 1137 Gotheboldo purggravio; 1140 Gotheboldo urbano comite existente. 1148 Boppone comite; 1154 Boppone urbis prefecto; 1169 Boppone comite wirceburgensis urbis prefecturam tenente et regente¹⁾.

Nur ein einziges Mal findet sich die Datirung advocato Boppone 1144, wobei es sofort ersichtlich ist, dass diese ganz vereinzelte Ausnahme lediglich durch die stetige Verknüpfung beider Aemter entstand.

Die erste Zeit zeigt noch völlig identisch Gotheboldo comite und Gotheboldo urbis prefecto und lässt somit noch erkennen, dass man die Herkunft der Praefectur aus der alten *Gaugrafschaft* noch nicht vergessen hatte²⁾.

Woher stammte nun diese Bedeutung, die durch die Art und durch die Consequenz, mit welcher die Urkunden sie festhalten, sich als eine bleibende erweist?

¹⁾ Alle diese Urkunden im 37. Bande d. M. B. p. 29, 34, 39, 49, 63, 71, 91.

²⁾ Auch Fries und Schultes l. c. stimmen darin überein, dass die Burggrafschaft aus der alten Gaugrafschaft hervorgegangen sei.

Leider lassen die Urkunden hier den Forscher völlig in Stich; nur ein allgemein festgestelltes Moment kann er mit Sicherheit als einen der Gründe dieser Bedeutung anführen: die Bannbelehnung seitens des Königs, die diesem Amte, mochte es immerhin ein bischöfliches Lehen sein, den ursprünglichen *öffentlichen* Charakter bewahrte und ihm den Vorzug vor der Vogtei verlieh. Wäre nun dieses ganze Amt nicht vollkommen unnöthig gewesen, wenn in der Stadt die altfreie Bevölkerung ganz gefehlt und die Einwohnerschaft neben Geistlichkeit und Ministerialität nur aus den Censualen und Hörigen der Kirche bestanden hätte? Wäre es dann nicht eine zweck- und nutzlose blosse Formalität gewesen, neben dem *advocatus ecclesiae*, der ja über Censualen und Hörige der competente Richter war, noch einen *prefectus urbis* zu belassen? Offenbar ist das Burggrafenthum resp. die über dasselbe nun einmal herrschenden Anschauungen das einzige Hinderniss, die Annahme von Altfreien zu verwerfen, wozu wir noch beifügen müssen, dass die rasche Umwandlung, welche dieses Amt sehr bald erfuhr, den Beweis liefert, dass auch die Reste dieser Altfreien von verschwindender Bedeutung sein mussten.

Es ist eine verbreitete Annahme, dass das Henneberger Grafenhaus die Würzburger Burggrafschaft am Ende des 1. Viertels des XIII. Jahrhunderts verloren habe¹⁾. Das ist aber keineswegs der Fall. Das Amt erhielt sich vielmehr, wie das bereits die vortreffliche Arbeit Schultes' erwiesen hat, bis in das 14. und 15. Jahrhundert im Besitz der Henneberger; denn im Jahre 1317 verleihen die Letzteren es denen vom Stein zum Lehen, und im Jahre 1348 überträgt Bischof Albrecht von Hohenlohe das nunmehr mit dem obersten Marschallamte des

¹⁾ Henner: Bischof Herm. v. Lobdeburg etc. p. 43.

²⁾ Gramich l. c. p. 4.

Stiftes verbundene Amt dem Grafen Johann von Henneberg zum Lehen ¹⁾).

Unleugbar fanden jedoch um das Jahr 1225 sehr wichtige Veränderungen dieses Amtes statt, die auf eine völlige Schwächung seiner Gewalt hinausliefen. Fries ²⁾ trifft das Richtige, wenn er sagt: und haben die gemeldten Graven von Henneberg das obengenannte Burggrafenthum zu Würzburg, von Adalberts Zeiten an ³⁾ biss uf Bischoff Gebhardten von Schwartzburg bei 300 Jahren von dem Stifte zu Würzburg zu Lehen empfangen und getragen. *Sie seynd aber mit der Zeit von der Vogtei kommen* und dafür des Stiffts Wirtzburg und Herzogthums zu Franken Obermarschall worden ⁴⁾).

Wir bestritten, dass die Burggrafschaft in Würzburg ihrem Wesen nach nichts anderes gewesen sei, als die Vogtei, *bezogen auf die Stadt*. Advocatie und Praefectur sind nach unserer Ansicht keineswegs „Synonyma“ wie Schultes l. c. meint. Aber etwas anderes ist es, ob die leidige Verknüpfung beider Aemter nicht eine Unklarheit hervorrief, sodass man in der That doch bald die Funktionen der ursprünglich streng auseinander gehaltenen Aemter vermengte, und schliesslich die richterliche Gewalt speciell mit der Vogtei und nicht mit der Burggrafschaft verknüpft dachte. In Wirklichkeit entsprach dem auch ein sehr bedenklicher Umstand: der immer mehr um sich greifende Uebergang freier Leute in die Censualengemeinde der Kirche und die Entstehung dieser Censualengemeinde überhaupt ⁵⁾. Man hat bisher noch nicht

¹⁾ cfr. Schultes l. c. Theil II p. 274—289. M. B. 41, 358 ff.

²⁾ l. c. p. 505.

³⁾ Fries rechnet den ersten Burggrafen *Eberhart* mit unter die Henneberger Grafen.

⁴⁾ l. c. 505, 506 pag.

⁵⁾ Wir können uns hier auf die klaren Auseinandersetzungen *Henner's* (die herzogl. Gewalt etc. p. 69 ff. 73 ff.) berufen. Diese

beachtet, dass dieses Herabsinken freier Elemente zu solchen halb freien von um so gefährlicheren Consequenzen für das Amt des Burggrafen war, als ja anfangs der Verlust, den der Graf dadurch erlitt, dem Vogt wieder zu Gute kam, und so niemals zu einer persönlichen Einbusse der Henneberger Grafen werden konnte; denn sie waren ja in einer Person Burggraf und Vogt ¹⁾. So schmälerten sich mit jedem Augenblicke die Competenzen der Präfectur zu Gunsten der Vogtei, und als diese annähernd alles dasjenige in sich vereinigte, was dem Burggrafenamte ursprünglich zugehört hatte, entzog man den Henneberger Grafen die Advocatie als ein anheimgefallenes Lehen der Kirche, und beließ ihnen blos das völlig inhalt- und eintragslos gewordene Amt des Burggrafen ²⁾. Dass diese Entwicklung nicht möglich gewesen wäre, wenn der *Kern* der Bevölkerung aus *Altfreien* bestanden hätte, liegt auf der Hand ³⁾.

Ausführungen sind zwar in unverkennbarer Anlehnung an *Heussler* gearbeitet, ebenso wie *Henner's* Auseinandersetzungen über die Immunität aber beides unter beständigem Hinweis auf die individuell entwickelten Würzburger Verhältnisse.

¹⁾ Ausserordentlich charakteristisch tritt uns die Unklarheit über das, was den Funktionen des einen resp. des anderen Amtes zugehörte, in den Urkunden des Jahres 1140 entgegen, (namentl. M. B. 37, 54), wo als ordnungsmässiger Richter der *Censualen* der burggravius-advocatus erscheint. Die Leistungen dieser Censualengemeinde, *bereits auf einen Jahresbetrag normirt!* werden gleichfalls dem burggravio-advocato entrichtet.

²⁾ Die Angelegenheit veranlasste einen langen Streit zwischen dem Stift und den Henneberger Grafen. Einstweilen cfr. die Wahlcapitulation Bischof Herrmann's von Lobdeburg anno 1225. M. B. 37. 215, 216.

³⁾ Auffallend ist es, dass die *ministeriales ecclesiae* von allen Vogtbeden und Vogtsteuern, sowie von der Vogtgerichtsbarkeit exemirt erscheinen. So heisst es ausdrücklich in der Urkunde von 1189 (M. B. 37, 138) quod jus ministerialium haberent, et nullius advocati potestati subjacerent. Es wird von ihnen festgestellt, dass sie nec pressuram aliquam vel alicujus servitii

Zu diesen Umständen, welche die allmähliche Abschwächung der burggräflichen Gewalt erklärbar machen, kommt noch ein weiteres Moment hinzu. Von nicht minder nachtheiligen Folgen für dieselbe war es offenbar ferner, dass die Burggrafen auf die persönliche Ausübung ihres Amtes verzichteten und einen Stellvertreter (scheinbar selbständig) ernannten. Dabei ist zu bemerken, dass ein Stellvertreter des Vogts, der vicedominus, schon sehr früh, ein ganzes Jahrhundert früher, als der vicecomes erscheint¹⁾. Der Letztere führte häufig einfach den Titel comes, Graf, was bei dem bekannten „Graf Ekkehard“ zu dem Missverständnisse geführt hat, derselbe sei wirklicher Burggraf und Graf von Henneberg gewesen²⁾.

Als ein seltsamer Zufall muss es erscheinen, dass diese verhängnissvolle Stellvertreterschaft zum ersten Male in dem „goldenen Privileg“ von 1168³⁾ uns begegnet, dem Privilege, das wie kein anderes ohne jeden Vorbehalt die Ansprüche der Würzburger Bischöfe zur Anerkennung bringt. Das Privileg überträgt bekanntlich für das ganze Territorium des Stiftes (für das Bisthum und das Herzogthum Würzburg) einschliesslich aller in demselben gelegenen Grafschaften dem Bischofe die po-

exactionem cognoverant, sed immunes ab omni onere permanerant, was Fries übersetzt, sie seien frei gewesen: von gemeiner Stadt Beschwerden. Der spätere Anspruch derselben auf Freiheit von städtischen Steuern lässt sich vielleicht gerade hierauf zurückführen.

1) 1069 M. B. 37, 29 erscheint unter den *Geistlichen* Suiggerus vicedommus; der Vicegraf erscheint zuerst als Billungus vicecomes 1168 M. B. 29. I. 394 Billungus comes 1170 M. B. 37, 97.

2) Schon *Wegele* hat diesen Irrthum aufgeklärt cfr.: *Wegele* Der Hof zum Grafen Ekkehard. Dass es einfach eine Abkürzung für vicecomes war, legte gleichf. *Wegele* zuerst klar. cfr. *Einleitung* zu dem historischen Album *Würzburgs* p. 10. Anm. 2.

3) M. B. 29. I. p. 385 u. 390.

sitive Gerichtsbarkeit¹⁾. Von dieser Gerichtsbarkeit werden nur die *Bargilden* exemirt: hoc excepto quod *comites* de liberis hominibus, qui vulgo Bargildi vocantur, in comitiis habitantibus statutam justitiam recipere debent. Lange hat man sich schon um diese Bargilden gestritten²⁾. Doch stimmen die meisten in dem einen Punkte überein, dass unter ihnen abgabepflichtige Freie zu verstehen seien³⁾. Nur von einem Forscher ist bisher der Versuch gemacht worden, diese Bargilden für die Reste von Freien in Burgen und Städten zu erklären; aber seine Hypothese gilt mit Recht für unhaltbar, weil sie auf einer irrigen Etymologie beruht⁴⁾.

Allein das Zugeständniss muss man doch machen, dass, wenn es in Würzburg oder in anderen Stiftsstädten noch Freie gab, diese recht wohl unter den Begriff der Bargilden fallen konnten, und dass dieselben dann der Grafen- resp. Burggrafengerichtsbarkeit unterstellt blieben.

Für eine solche Annahme liesse sich folgendes geltend machen. Diese Bargilden sind unserer Urkunde nach identisch mit den *parochi*⁵⁾.

¹⁾ confirmamus omnem jurisdictionem seu plenam potestatem faciendi justitiam per totum episcopatum et ducatum wirceburgensem et per *omnes comitias* in eodem episcopatu vel ducatu sitas de *rapinis* de *incendiis* de *allodiis* et *beneficiis* de *hominibus* et de **vindictu sanguinis**. Dabei muss es auffallen, dass der offenbar wichtigste Bestandtheil dieser Verleihung, die justitia de vindictu sanguinis sehr nachgehinkt kommt und auffallender Weise bei der Wiederholung dieser einzelnen Theile, gerade da, wo es sich um den Ausschluss aller anderen Gerichtsgewalten handelt, ganz fortbleibt.

²⁾ cfr. *Henner*: Herzogl. Gewalt p. 84—93, wo man die Literatur angegeben findet.

³⁾ Die Abgabepflicht hat man nicht mit Unrecht in dem statutam justitiam recipere ausgedrückt gefunden.

⁴⁾ *Schneidt*: Thesaurus juris Franconici I p. 4330—4390. über ihn *Henner* l. c. p. 85.

⁵⁾ Die Erklärung dieses Wortes hat man ganz ohne Grund, wie mir scheint, auf sehr künstliche Weise zu erbringen gesucht.

Da auf das Würzburger Patriziat der Begriff parochi passen würde, so würde also auch der Begriff Bargilden dafür passen¹⁾. Die Etymologie des Wortes ist freilich nicht mit Sicherheit festzustellen. Gerade die modernen Versuche, das Wort zu erklären, sind aber wenig befriedigend, was die Ueberzeugungskraft derselben betrifft²⁾. Am meisten zutreffend erschien uns die Erklärung eines älteren Forschers³⁾, der das Wort ableitet von bar = frei und geliti = homines plures. Demnach würde darunter eine Genossenschaft freier Männer zu verstehen sein. Liesse es sich dann aber nicht recht wohl auf die zu einer Genossenschaft vereinigten (bisher noch in Frage stehenden) „*Altfreien*“ Würzburg's und auf die sonst im Stift zerstreut wohnenden Reste Vollfreier beziehen?

Einer solchen Vermuthung zu Liebe könnte man noch folgendes anführen: Sind die bekannten Urkunden der Jahre 1032 und 1049 wirklich Fälschungen, welche in den *60er Jahren* des XII. Jahrhunderts angefertigt wurden, so stehen sie wahrscheinlich auch in naher Be-

Ich stimme der Ansicht Friesens bei, der das Wort mit parochia in Verbindung bringt, und zunächst Pfarrleute, Pfarrgülden darunter versteht, Einwohner, die ihrem Parochian oder Pleban zu Abgaben verpflichtet waren. Nun ist es interessant, dass es sich nachweisen lässt, dass in der That das Würzburger Patriziat zu solchen Abgaben an seinen Parochian verpflichtet war. Im Jahre 1211 wird diese Verpflichtung abgelöst M. B. 37, 183. 185. Vorzugsweise erscheint sogar das Patriziat im Gegensatze zu dem populus, zu der Gemeinde, von dieser Verpflichtung unserer Urkunde nach betroffen. Der Begriff parochi würde demnach für das Würzburger Patriziat haltbar sein.

¹⁾ In der Würzburger Stadtgeschichte ist ja manches Wort lange Zeit völlig unaufgeklärt geblieben, ich erinnere an den bekannten „Höllensriegel.“

²⁾ Vor allem scheint mir die Waitz'sche Erklärung Verf.-Gesch. IV. 281 verfehlt: baro = Mann und geliti = homines plures würde doch eine etwas sinnlose Tautologie sein.

³⁾ J. G. Gonne: Disquisitio de ducatu Franconiae orient. § 36. 38.

ziehung zu dem Privilege von 1168 und waren eben zu dem Zwecke gefälscht, dem Kaiser gelegenen Falls vorgezeigt zu werden, um gerade für das, was sie fälschten, einen rechtmässigen Anspruch zu erweisen. Nun findet sich in diesen beiden gefälschten Privilegien neben anderen Gerichtsbeamten, denen der Verkehr mit den Kirchenleuten untersagt sein soll, auch der vicecomes (viceprefectus). Das wäre ein Anzeichen dafür, dass der Kaiser durch diese Fälschungen veranlasst werden sollte, gerade die **städtischen** Gerichtsverhältnisse zu Gunsten des Bischofs umzugestalten. Galt nun die Bestimmung (des echten Privilegs von 1168) über den Grafen und die Bargilden, mit für den Burggrafen, so galt sie auch für den vicecomes, auch diesem wäre in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Burggrafen die Gerichtsbarkeit über die parochi, quos Bargildon dicunt gewahrt geblieben. Der Kaiser hätte also die ihm gemachte Zumuthung abgewiesen und auf das Neue die Competenzen der beiden Gerichtsbeamten von Reichswegen anerkannt. Bestärkt würde diese Vermuthung durch den Umstand, dass unmittelbar nach jenem Privileg von 1168 der Burggraf bei den Datirungen der Urkunden, nicht, wie gewöhnlich, unter der Form N. N. prefecto etc. angeführt wird, sondern, dass es nun pomphafter heisst: Boppone comite prefecturam tenente et regente ¹⁾).

Trotz aller dieser selbst geltend gemachten Gründe muss man doch sagen, dass es zwar nicht unmöglich, aber doch sehr unwahrscheinlich ist, dass sich diese Stelle über die Bargilden auf die *städtische* freie Bevölkerung bezogen habe. Denn in Anbetracht einer so wichtigen Frage müsste man zunächst einen bündigen und unzweideutigen Hinweis dafür verlangen, dass sich in der That diese Stelle auf die altfreie Gemeinde Würzburgs bezogen hätte. Der fehlt aber in der Urkunde von 1168 ganz

¹⁾ M. B. 37. 91.

und gar. Gerade von Friedrich I. wäre eine solche Rücksichtnahme auf die Stadt allerdings nichts auffallendes; denn so wenig städtefreundlich derselbe im Allgemeinen gesinnt sein mochte, so lässt sich doch eine gewisse Vorliebe für Würzburg bei ihm gar nicht verkennen. Hatte er doch auf die Klage der Würzburger *cives et negotiatores* hin, im Jahre 1156 eine umfassende Revision aller Zölle auf dem Main von Bamberg bis Mainz vorgenommen¹⁾. Es ist sogar wahrscheinlich, dass auch der Bischof von Würzburg dadurch veranlasst wurde, seine unrechtmässigen Zölle abzustellen²⁾.

Wenn auch die Hochzeitsfeier Friedrich I. mit Beatrix von Burgund fraglich ist, so hat er doch nachweisbar mit den Ministerialen Würzburgs in sehr gutem Einvernehmen gestanden³⁾.

Der Wortlaut jener Stelle in der Urkunde von 1168 scheint ausschliesslich auf Bewohner des flachen Landes zu gehen, die zerstreut in den Grafschaften lebten⁴⁾.

Wenn nun durch das Privileg von 1168 für die Stadt keine Ausnahme hinsichtlich der positiven Gerichtsbarkeit des Bischofs geschaffen wurde, so erhebt sich

¹⁾ *cfr. M. B. 29 P. I. 340 ff.*

²⁾ Der Umstand, dass Würzburg also gerade 100 Jahre vor seinem Eintritt in den „*rheinischen Bund*“ von 1254 schon eine Zollrevision veranlasste, ist von um so grösserem Interesse, weil ja der Hauptzweck auch jenes Bundes die Agitation gegen den Zollunfug war.

³⁾ *cfr. M. B. 29 P. I. 324 Urkunde v. 1156.* Es lässt sich daraus erkennen, dass die Ministerialen der Kirche dem Reiche zum Heerdienste verpflichtet waren: *Cognoscant presentes et futuri, qualites nos fidei nostro Bodoni, ministeriali Wirceburgensis ecclesiae pro sua fidelitate et pro servicio patris ejus Heroldi vicedomni, qui dum vixit semper fidem servavit nobis et imperio etc.*

⁴⁾ Vielleicht sind es jene Personen, welche die Urkunde von 1200 (M. B. 29. P. I. 497 näher charakterisirt; „*statutam mensuram*“ erinnert an die „*statuta justitia*“ von 1168.

die weitere Frage: änderte sich denn nun durch das Privileg von 1168 die *staatsrechtliche* Stellung der *Stadt* zum Reiche resp. zum Bischof? Das kann man in keiner Weise behaupten. Auch dieses Privileg bezieht sich, wenn nicht ausschliesslich, so doch in erster Linie auf die territorialen Verhältnisse. Nach wie vor konnte die Stadt etwas ganz anderes in ihrer Beziehung zum Reiche sein, als das Territorium es war. Es ist oft darauf aufmerksam gemacht worden, dass Paschalis II an der Spitze, als den wichtigsten Bestandtheil also, aller den Bischöfen verliehenen Regalien die Städte nennt¹⁾.

So unverkennbar daher das Privileg von 1168 die Grundlage für die Landeshoheit über das Territorium bildet, so zweifelhaft bleibt es, ob dadurch an dem staatsrechtlichen Verhältnisse der Stadt zum Reiche beziehungsweise zum Bischof auch nur das geringste geändert wurde, zweifelhaft eben so lange, als der eventuelle Unterschied, der zwischen Stadt und Land in dieser Beziehung herrschte, noch nicht klargestellt ist.

Das vorherrschend negative Ergebniss der Untersuchung über die „Altfreien“ Würzburgs rechtfertigt die Ansicht, dass auch die Verwaltung der Stadt während des XII. und bis in die Mitte des XIII. Jahrhunderts sich in den Händen der Ministerialen ausschliesslich befunden habe; sicher so lange, wie in Würzburg die Einzelbesteuerung bestanden hat, und noch nicht in Gesamtbesteuerung umgewandelt war.

¹⁾ cfr. Urk. v. 1111. M. G. L. L. II 69 quia civitates, ducatus, marchias, monetas et cetera ad regni servitium pertinentia acceperunt. cfr. *Giesebrecht* III pag. 809. *Zeumer* Städtesteuern pag. 100. *Henner* Herzogl. Gew. p. 111.

²⁾ Es ist nicht gut zu begreifen, wie *Gramich*, der eine so eingehende Kenntniss der späteren, vielverzweigten Verwaltungsorganisation an den Tag legt, glauben konnte, dass alle diese Geschäfte im XI. u. XII. Jahrhundert nur von einem Manne besorgt wären. cfr. l. c. p. 4.

Cap. III.

Die Anfänge der selbständigen Stadtverfassung.

Zwei Momente sind es zunächst, auf die sich die Bildung einer selbständigen Stadtverfassung zurückführen lässt. Das erste wurde schon im vorhergehenden Capitel angedeutet: es ist die allmählich bis zur Emanzipation von der bischöflichen Herrschaft fortschreitende Selbstständigkeit des Ministerialenstandes. Die Vermuthung, dass eine solche Entwicklung auch in Würzburg stattgefunden habe, entspringt zunächst aus der Kenntniss, die wir in entwickelterer Weise von den analogen Verhältnissen aller Bischofsstädte haben, und wird bestätigt durch eine Anzahl von Erscheinungen, die auch in Würzburg zu Tage treten. Dahin gehört:

1. Das Erblichwerden der Aemter, erkennbar zuerst und hauptsächlich an dem Schultheissenamte¹⁾.

2. Dahin gehört ferner die dauernd erworbene Theilnahme an der Verwaltung des Stiftes, sowie die dominirende Stellung, welche die Ministerialen in den Gerichten erworben hatten.

¹⁾ So erscheint von 1137—1176 regelmässig ein Billungus scultetus (fraglich ob Vater und Sohn), neben ihm abwechselnd ein Dudo scultetus von 1141—1148 M. B. 37, 59, 61. Dann der Sohn dieses Dudo, Heinricus scultetus bis 1176 M. B. 37, 106. Dann folgt 1176 der Sohn jenes Billungus Ekkehardus und der Sohn des letztgenannten Heinrich mit gleichem Namen. M. B. 37, 125. 140. Ekkehardus comes und Ekkehardus scultetus sind identisch.

Von der letzteren ist bereits gesprochen worden, was die erstere angeht, so concurrirte die Ministerialität darin sogar mit der Geistlichkeit des Capitels, soweit es sich um Verwaltung des Kirchengutes handelte ¹⁾. War doch scheinbar die Zustimmung der Vasallen und Ministerialen der Kirche nothwendig, wenn es sich einmal um einen Gütertausch seitens des Capitels handelte, wobei das Kirchengut angegriffen werden sollte ²⁾.

Aber allein genügte diese *Selbständigkeit* und Emanzipation des *gesamten Ministerialenstandes* noch nicht, um die Bildung eines *selbständigen Organes* für die Stadtverwaltung zu erklären. Es musste vielmehr als zweites Moment noch eine Scheidung dieser gesamten Officialität in specifisch *städtische* und allgemein *stiftische* Beamten eingetreten sein, hervorgerufen durch die nothwendig gewordene Theilung der früher einheitlich kirchlich-städtischen Wirthschaft in die zwei von einander völlig getrennten Wirthschaften der Stadt und der Kirche. Das erst führt dann zu dem Versuche, diese gesonderte Stadtwirthschaft von aller Abhängigkeit von dem Bischofe zu befreien. Den Anfang aber zu dieser bedeutungsvollen Trennung macht nicht die Stadt, sondern die Kirche. Zwei Ursachen sind es, soweit sich das erkennen lässt, welche die letztere dazu drängten. Erstens hing die Verwaltung des städtischen Kirchengutes organisch zusammen mit der Verwaltung des gesamten diöcesanen Kirchengutes und über die Grenzen der Diöcese hinaus fügte dieses sich ein in die Organisation des grossen Ganzen der Kirche und wurde für die Verwaltungszwecke derselben

¹⁾ Man ziehe z. B. die Urkunde aus dem Jahre 1161 heran: M. B. 29, P. I. 362 quod et conventus majores ecclesiae et ministeriales omnes curias episcopatus et omnes redditus in sua potestate tenerent.

²⁾ M. B. 37, 143. Es erklärt sich die Bedingung dieser Zustimmung, weil der betreffende Kauf geschah: ex rebus propriis (Privatvermögen des Capitels) und ex rebus ecclesiae.

durch Steuern in Anspruch genommen. Schon von diesem Gesichtspunkte aus standen die Interessen und Aufgaben, denen der städtische Clerus in seiner Wirthschaft gerecht zu werden hatte, den local sich begrenzenden wirthschaftlichen Aufgaben der Stadt von vorneherein mit einer gewissen Gegensätzlichkeit gegenüber. Aber entscheidend für die volle Durchbildung dieses Gegensatzes war ein anderer Umstand: Der anfangs ausserordentlich ergiebige Wirthschaftscomplex der Kirche war von anfang an mehr ein ausserstädtischer, als städtischer gewesen. Die Entwicklung des Lehnswesens aber und die noch immer im Steigen begriffene Verschleuderung des ausserstädtischen Besitzes an die Amtleute der Kirche, drängte bald zu der consequenten Tendenz, den Betrag und Bestand des städtischen Kirchengutes um so intacter zu erhalten, ja womöglich noch zu vergrössern und ergiebiger zu machen. Der rege religiöse Sinn der Einwohnerschaft, der sich gern in Schenkungen und frommen Stiftungen bethätigte, kam dieser Bestrebung sehr entgegen. Den so gewonnenen Besitz wusste man bei der Kirche zu erhalten, indem das Capitel schon früh kaiserliche Verfügungen erwirkte, welche es den Geistlichen gestattete, über ihre private Habe, mit Ausschluss jeden Einspruchs seitens der Eltern, oder anderer erbberechtigter Personen testamentarisch verfügen zu dürfen¹⁾. Andererseits verboten sogar päpstliche Schreiben die Veräusserung von Kirchengut oder stehenden Kircheneinkünften an die Laien. Mochte damit immerhin zunächst der weiteren Verschleuderung von Kirchengut an die Amtleute vorgebeugt werden sollen, gewiss ist es doch auch, dass andererseits solche Verfügungen nur dazu beitrugen, den städtischen Grundbesitz der Kirche, während der bürgerliche labil blieb, zu stabilisiren, und dem Verkehre zu entziehen. Das widersprach aber berechtigten bürgerlichen Interessen.

¹⁾ cfr. M. B. 29 P. I p. 409, 410 (1172).

In Verbindung zu bringen mit diesen Thatsachen ist ein anderer Umstand. Schon in den 40er Jahren des XII. Jahrhunderts beginnt eine lebhafte Agitation der Kirche gegen die Stiftsvögte, die mit dem Uebergange der Vogteien aus den Händen der grossen Vasallen auf die Stifter selbst endigt. Zuerst versucht man die Gewalt der Vögte, welche in der That dieselbe zu einer willkürlichen Bedrückung ihrer Vogteileute missbrauchten, zu beschränken¹⁾. Dann schloss man ihre Gewalt bei neuerworbenem Kirchengute aus²⁾. Schliesslich zog man als ein Kirchenlehen die Vogtei vollständig ein, ohne dass man die Erbberechtigten entschädigt zu haben scheint. Zum Abschluss ist diese Entwicklung bereits 1225 gelangt³⁾. Die Folge hiervon war, dass die Verwaltung dieser Vogteien in die Hände der Ministerialen kam, denn die einzelnen Stifter konnten sie doch nicht selbst ausüben, und dass sich in Folge dessen eine specifisch kirchliche Ministerialität bildete. Zu ihnen traten dann die mit der Verwaltung der *Stadt* betrauten Ministerialen, schon durch den blossen Gegensatz der Interessen, die sie zu vertreten hatten, in einen immer grösseren Gegensatz, sodass dadurch bald ihr Anschluss, dann aber ihr vollkommener Uebertritt zum städtischen Patriziate erklärbar wird.

Es ist nun an der Zeit, nachdem der Gegensatz zwischen Stadt und Kirche bereits berührt wurde, einen Blick auf den specifischen Repräsentanten des Clerus, auf das Capitel zu werfen, und seine Stellung zu den verschiedenen Faktoren, die wir bereits erwähnt haben, in Erwägung zu ziehen.

¹⁾ cfr. M. B. 37. 50 ff. anno 1140. 4 Urkunden.

²⁾ So hat schon die Urkunde von 1193 M. B. 37, 32 die Bestimmung: nullum preter me (sc. episcopum) et successores meos advocatum vel patronum habeant; dann 1189 die Urkunden M. B. 37; 141, 143.

³⁾ cfr. Wahlcapitulation Hermanns von Lobdeburg. M. B. 37, 215.

Der Kern des gesammten Stiftsclerus, zugleich der berufene Vertreter desselben gegenüber dem Bischof, entwickelt das Capitel des Domes sehr früh schon eine prinzipielle Gegnerschaft gegen die Stadt und deren Selbständigkeitsbestrebungen. Das ist um so bedenklicher, als schon sehr zeitig ein dauernder, gewissermassen verfassungsmässiger Antheil des Domcapitels an der Regierung des Stiftes hervortritt, der im Laufe der Zeit zu einer so gesteigerten Beschränkung der Macht des Bischofs wird, dass von Letzterem nie eine unbefangene Behandlung städtischer Forderungen anders erwartet werden konnte, als wenn er sich in direkten Gegensatz zu seinem Capitel stellte. Der Grund zu einer so dominirenden Stellung des Capitels war schon früh gelegt. Schon Otto der Grosse hatte die Wahl des Bischofs, die sonst von dem gesammten Clerus und dem christlichen Stadtvolk erfolgte, dem Capitel allein übertragen¹⁾. Beim Einziehen der Vogtei war gerade das Capitel der versteckte Agitator gewesen. Jetzt suchte es auf die Besetzung der in Stücke geschlagenen grossen Vogtein seinen vollen Einfluss sich zu sichern, indem es die Wahl der Amtleute von seiner Entscheidung abhängig machte²⁾. Derselben auf volle Suprematie gerichteten Tendenz dieses Collegiums entsprach es ferner, wenn es seinen Einfluss auf den übrigen städtischen Clerus dadurch zu sichern suchte, dass es die Propsteien der einzelnen Stifter in seine Hände brachte³⁾. Im Jahre 1183 musste ihm der Bischof versprechen, die Propsteien von St. Haug und Neumünster

¹⁾ M. B. 28 P I. Auch diese Uebertragung scheint dafür zu sprechen, dass dieses christliche Stadtvolk nicht die Bedeutung besass, die eine starke altfreie Gemeinde besessen haben würde.

²⁾ Darauf bezieht sich der Satz in der Wahlcapitulation von 1225: *item feuda magna, quae vacare contigerit, scilicet ultra XX libras in redditibus habentia, nullomodo ab ecclesia alienabit, sine consilio capituli et assensu.*

³⁾ M. B. 37, 122.

sowie die von Onoldspach, ferner aber alle Archidiaconatsstellen der Diöcese ausschliesslich durch Mitglieder des Capitels zu besetzen. Sicherte es sich auf diese Weise die Leitung des übrigen Clerus nach seinem Willen, so geschah das in der bewussten Absicht, den einheitlichen und geschlossenen Widerstand des gesamten Clerus bei der Hand zu haben, wenn es sich einmal um eine Opposition gegen den Bischof, das andere Mal um ein energisches Vorgehen gegen die Stadt handelte. — Um auf den Bischof zu wirken, besass es aber ein noch viel wirksameres Mittel: Die ihm ausschliesslich anheimgegebene Wahl desselben sicherte ihm schon von vornherein die gewünschte Uebereinstimmung des Bischofs mit seinen eigenen Plänen und Absichten, um so gewisser zu, als es schon früh Gebrauch wurde, dem zur Wahl Vorgeschlagenen eine Wahlcapitulation vorzulegen, die er beschwören musste. Erhalten sind uns nur zwei solcher Wahlcapitulationen: Die von 1225¹⁾ und die vom 28. Nov. 1345²⁾. Der Bischof wurde auf diese Weise, wenn sich nicht einmal eine energische Persönlichkeit trotz alledem ihre volle Entschliessungsfreiheit zu wahren wusste, immer zum praedestinirten Vertreter einseitig clericaler Interessen, häufig dem *Adel* des Territoriums, noch häufiger, ja beinahe beständig *der Stadt* und ihren Selbstständigkeitsbestrebungen gegenüber, mit denen sich ja bekanntlich stets Angriffe auf die Vorrechte des Clerus verbanden. Aber die Stellung und die Beziehungen zum Adel verbesserten sich mit jedem Jahre, die zur *Stadt* nahmen in demselben Masse ein immer feindseligeres Aussehen an, bis sie zur erklärten Gegnerschaft sich entwickelt hatten: Mit der Zeit wurde ja das Capitel des Domes mit seinen reichen Praebenden zur Versorgungsanstalt ausschliesslich für den höheren Adel und schloss statuten-

¹⁾ M. B. 37, 125.

²⁾ M. B. 41, 209. Gerade die Letztere zeigt alles hier besprochene in einer überraschend ausführlichen Weise.

gemäss den Zutritt bürgerlicher Elemente aus. Aber gerade diese Exklusivität war etwas äusserst verhängnissvolles, denn auf sie führt sich in erster Linie die rapid zunehmende Demoralisation des höheren Clerus und der erbitterte Hass der noch dazu durch Bettel- und Predigermönche aufgereizten unteren Schichten der Bevölkerung gegen denselben zurück.

Durch die bis jetzt erörterten Verhältnisse erklärt sich nur die allmählich herausgebildete Gegensätzlichkeit geistlicher und städtischer Interessen auf dem Gebiete der Wirthschaft. Was führte nun die Stadt dazu, ihrerseits auf eine Absonderung der städtisch communalen Aufgaben von denen des städtischen Clerus zu dringen? Und durch welches Bedürfniss zuerst entstand ein communales Verwaltungsorgan, dessen Thätigkeit streng begrenzt auf die wirthschaftlichen Aufgaben der Stadt blieb? Es ist die *Steuerfrage* gewesen, die diese Entwicklung zu Wege gebracht hat.

Zeumer hat in seiner grundlegenden Arbeit über die Städtesteuern nachgewiesen, dass 1) die Steuern zurückzuführen seien, nicht auf irgend welchen Grundzins, sondern auf das Recht des *Gerichtsherrn Beden* zu fordern¹⁾; 2) dass diese Besteuerung anfänglich nur vom Vogte resp. Burggrafen ausgeübt eine Einzelbesteuerung war, die sich erst im Laufe der Zeit zu einer Gesamtbesteuerung umwandelte, die mit ihrer Forderung sich nicht an den Einzelnen, sondern an die Gemeinde richtete; 3) dass mit dem Uebergange der Vogtei an den Landesherrn (Bischof), auch das Recht der Bedeforderung an denselben überging, neben dem Rechte für Reichs- und Hofdienst des *servitium* zu erheben. *Gerichtsgewalt* und *Steuerrecht* bilden nach *Zeumer* die wesentlichsten Bestandtheile der späteren Landeshoheit, wobei zu bemerken

¹⁾ *Zeumer* Städtesteuern p. 47. *Waitz* Verf. Gesch. VII p. 41 Nr. 3.

ist, dass „jurisdictio“ des innigen Zusammenhangs zwischen Gerichtsgewalt und Bederecht wegen, sowohl für das erste, als für das zweite gebraucht zu werden pflegt.

Das Recht des Gerichtsherrn, Beden zu fordern, erstreckte sich auf Alle, die nicht ausdrücklich von seiner Gerichtsbarkeit exemirt waren, daher *nicht* auf die Geistlichkeit und auf die Kirchenleute.

Den Massstab der Besteuerung bildete hauptsächlich der Grundbesitz; denn nur Immobilien nicht Mobilien galten für Objecte der Steuer, doch ist festzuhalten, dass schon früh versucht wurde, dem Grundsatz Geltung zu verschaffen, dass offen und auf eigene Rechnung betriebener Handel gleichfalls zu Steuern verpflichtete. Die grundbesitzende Klasse und die Kaufleute bilden demnach die eigentliche Steuergemeinde; sie sind es, die sich als Bürger im engeren Sinne zur *universitas civium* abschliessen.

Wie weit hat nun diese kurz skizzierte Entwicklung des Steuerwesens in der Würzburger Stadtgeschichte Belege für sich.

Dass Bedeforderungen seitens der Vögte, in Würzburg speciell seitens des *Vogt-Burggrafen*, nachweisbar sind, hat man aus den Urkunden von 1140 und namentlich 1189 sehen können. Für die im Uebrigen erwiesene Thatsache, dass der Grundbesitz ursprünglich zugleich Massstab und einziges Object von Steuern gewesen sei, liess sich ein Beleg für unsere Stadt nicht finden, dagegen weisen eine Menge kleiner Anzeichen darauf hin, dass man die Steuer auf alle diejenigen auszudehnen versuchte, welche sich am Markte mit selbständigem Handel theiligten. Auch treten in der Mitte des XII. Jahrhunderts wirklich Bürger und Kaufleute derartig gemeinsam auf, dass man vermuthen darf, sie haben schon damals die *universitas civium* gebildet.

Im Jahre 1128¹⁾ stellt die Schuhmacherzunft die Forderung an den Bischof, er solle sie vor den Eingriffen „gewisser Richter“ schützen. Wenn nun auf diese Forderung nichts geschieht, als, dass der Bischof den Bestand der gesetzlichen Leistungen, welche die Zunft zu entrichten hatte, festsetzt, so erkennt man leicht, dass jene Eingriffe, eben Geld-, Steuer- oder Bedeforderungen²⁾ waren, dass aber nicht etwa die Organisation der Zunft bedroht wurde. Mit anderen Worten die Zunft versucht, den öffentlichen Umsatz ihrer Waaren ohne jede Steuer durchzusetzen. Nun enthält die Urkunde Hinweise darauf, dass die Zunft im Begriff stand, ihre hofrechtliche Abhängigkeit, die sich immer durch die *cottidiana servitia*, durch persönliche Dienstleistungen, kund gibt, abzustreifen: Unter denen, welche zu Forderungen an die Zunft berechtigt sind, erscheinen einmal die *Schultheissen* und dann der *camerarius civitatis*. Ist es nun nicht auffallend, dass nur dem *Bischof* und dem *Schultheissen* Abgaben gemacht werden, welche an die alten *cottidiana servitia* erinnern und offenbar hofrechtlichen Ursprungs sind, während dem *camerarius civitatis* allein fixirte und in 3 Raten zu zahlende Jahresabgaben zu entrichten sind? Jedes neu eintretende Mitglied entrichtet die Eintrittsgebühr — immerhin charakteristisch — *nur in Geld*. Die Zunft war offenbar im Begriff, die alten hofrechtlichen Fesseln abzustreifen, dafür aber war nichts so wichtig als der Zutritt zu dem *forum rerum venalium*, den sich die Zunft nur unter günstigen Bedingungen erringen will³⁾.

Es sind das, wenn auch nur leise, aber doch sichere Anzeichen für eine Umwandlung, wie sie ganz allgemein

¹⁾ *Gramich*. l. c. p. 68, 69.

²⁾ *hiis omnibus persolutis a nullo injustam exactionem erant perpressuri.*

³⁾ Interessant ist die Zeugenreihe dieser nach manchen Seiten hin etwas verdächtigen Urkunde. An der Spitze erscheint

damals in dem wirthschaftlichen und socialen Leben vor sich ging. Es ist die Umwandlung der Naturalwirthschaft in Geldwirthschaft, die einen bedeutenden modifizirenden Einfluss auch auf die Formen der Verfassung ausübte. Der Grundbesitz hört auf, einziges Kriterium des eigentlichen Bürgerthums zu sein. Alles Kaufmannsgut, die Mobilien und bald die bekannten Arten des Einkommens im Mittelalter, Rente, Zins und Erbleihe werden der Steuer unterworfen, das Steuerzahlen aber gilt als Kriterium echten Bürgerthums. Das Institut der „Erbleihe“ oder der „städtischen Leihe“ ist in Würzburg früher nachweisbar als irgend wo anders¹⁾. Es ist aber bekannt, wie Leihe und Rentenkauf den Grundbesitz immer mehr, wie andere mobile Kaufobjecte dem Verkehre unterwarfen und demgemäss den ursprünglichen Unterschied zwischen Kaufmannschaft und Bürgerschaft verschwinden machten. In der Mitte des XII. Jahrhunderts beginnt dieser Unterschied milder zu werden, ja er ist vielleicht schon überwunden: Wenn im Jahre 1156 die *cives et negotiatores* gemeinsam den Kaiser bittstellend angehen, so lässt das sicher auf Interessengemeinschaft beider schliessen, und wie kann man sich diese Interessengemeinschaft besser entstanden denken, als dadurch, dass das grundbesitzende Bürgerthum und die Genossenschaft der Grosshändler bereits zu der einen Steuergemeinde zusammengewachsen waren, welche solidarisch Vortheile und Nachtheile zu tragen hatte. Das aber setzt nicht allein die geschlossene „universitas civium“ voraus, sondern zugleich irgend

(unter den Laien) der Burggraf, vielleicht einige Bürger mit ihm, (denn es werden doch nicht 10 Grafen diese einfache Urkunde unterzeichnet haben). Der letzte comes Berthold ist dann aber der Vicecomes. Bekanntlich bezeichnet comes nachgestellt den Stand, vorgestellt das Amt.

¹⁾ *Rosenthal*: Zur Geschichte des Eigenthums der Stadt Würzburg. p. 38 u. 40. cfr. *Arnold*: Geschichte des Eigenthums in den deutschen Städten. Der erste Leihbrief ist aus dem Jahre 1119. cfr. Rosenthal Anhang I.

eine Form, wodurch dieselbe vertreten wurde. Freilich darf man nicht gleich an eine organisirte *Rathsbehörde* denken, dann das Folgende wird zeigen, dass sich ein städtischer Rath, der als solcher anerkannt und bezeichnet wurde, nicht vor der Mitte des XIII. Jahrhunderts gebildet haben kann.

Die Bildung der „universitas civium“ dagegen gehört sicher bereits dem XII. Jahrhundert an. Dass der *Ausdruck* nicht vor der Mitte des XIII. Jahrhunderts urkundlich nachweisbar ist, kann nicht als Beweis gegen ihre Existenz gelten. Wie lange Zeit nach der nachweisbaren Einsetzung des Schultheissenamtes trifft man Spuren desselben in den Urkunden? Nicht aber erst 1243¹⁾ — sondern sicherlich schon 1211 und wahrscheinlich sogar schon 1205 trifft man in den Urkunden Anzeichen für das Vorhandensein dieser „universitas“.

Die Untersuchung beginnt mit der Urkunde von 1211, weil dieselbe bereits Institutionen erkennen lässt, deren Entstehung nothwendigerweise in eine bedeutend frühere Zeit zurückverlegt werden muss. Es ist schon einmal von dieser Urkunde die Rede gewesen: dem Parochian, d. h. dem Weltgeistlichen der Stadt wurde von Allen zu seinem Amtssprengel gehörenden Bürgern und ihrer Clientalschaft regelmässig eine Abgabe entrichtet, die unter dem Namen Messpfennige schon lange in Gebrauch gewesen, deren Entrichtung aber als eine sehr lästige empfunden und deshalb eine durchaus unregelmässige geworden war²⁾.

¹⁾ cfr. *Gramich*. l. c. p. 1.

²⁾ Man könnte auf die Vermuthung kommen, dass auch Würzburg anfangs in Parochien eingetheilt gewesen wäre, welche die ursprünglichen Verwaltungsviertel der Stadt abgegeben hätten. Ausser an die Parochie des Domes könnte man an die von St. Haug und Neumünster denken; aber aus der bei *Gramich* l. c. Anhang II p. 69 gedruckten Urkunde, deren Datirung nach „Richgero urbis parrochiano“ mit erfolgt, muss man wohl schliessen, dass die ganze „urbs“ eine Parochie bildete.

Auf Antrag der Bürgerschaft ¹⁾ beschliessen desshalb Bischof und Capitel die Aufhebung dieser Messpfennige unter Zustimmung des Plebanen; diesem Letzteren und allen seinen Amtsnachfolgern werden aber für den Wegfall seiner Einkünfte 88 Mark Silbers, durch freiwillige Beiträge der Gemeinde erhoben („ex elemosynis Christi fidelium“), resp. die dafür erstandenen Weinberge gegeben, deren Erträge „in usus plebani vel successorum ejus“ bestimmt sind.

Obwohl die „tota civitas“ (*offenbar* = „*universitas civium*“) mit als handelnd in der Urkunde auftritt, werden als die eigentlich Ermächtigten für dies Geschäft doch bestimmte Bürger genannt: *cives nostri*, quorum in his et in aliis bonis actibus prudentia et sollicitudo apparet; und da unterliegt es doch kaum noch einem Zweifel, dass die am Ende der Urkunde aufgeführten Laienzeugen eben diese Bürger waren. Nur zeigt es sich, dass die hier genannten Namen Personen angehören, die unleugbar Ministerialen sind, die sowohl vorher als nachher als solche in den Urkunden auftreten.

Der Zusammenschluss der Bürger zur Bürgergemeinde scheint uns eine Vertretung dieser Gemeinde zu erfordern; denn wer führte im Namen derselben das Siegel der „*civium*“, mit dem diese Urkunde versehen ist. Dieser Umstand allein erweist es, dass die Bürger der Stadt eine geschlossene Gemeindegemeinschaft bildeten, und erweist ferner sofort dann auch die Existenz einer organisirten Gemeindevertretung; denn der Bischof konnte doch nicht jedesmal, wenn zwischen ihm und der Gemeinde solche Dinge zu verhandeln waren, die Unterhandlung mit der Gesamtheit der Bürger führen. Es ist aber kaum denkbar, dass in dem vorliegenden Falle dieser zur Vertretung bestimmte Ausschuss nicht unter

¹⁾ Die *cives nostri* werden in der Urkunde selbst als die *procuratores hujus negotii* genannt, und sachgemäss musste auch die Initiative zu diesem Geschäft von der Bürgerschaft ausgehen.

der Zeugenreihe wäre aufgeführt worden. Nun sind aber diese Laienzeugen alle *Ministerialen*¹⁾. Das besagt keineswegs, dass sie nicht aus den Reihen der Bürger entnommen waren, es sagt aber bestimmt, dass, sowie Bürger zu städtischen Aemtern gelangten, sie *bischöfliche* Beamte wurden; dann ist auch diese ganze Vertretung eine vom Bischof abhängige, noch nicht *autonome*. In der That entspricht diese Vermuthung ganz der späteren Entwicklung²⁾. Im Laufe der Zeit wird dann aus immer deutlicheren Anzeichen die Thatsache erkennbar, dass unter den Laienzeugen zwar immer noch *bischöfliche* Ministerialen, diese aber als specifisch städtische Beamte zu verstehen sind. So begegnet uns 1235 unter ihnen der *notarius civitatis*³⁾.

Betrachtet man nun die Urkunde von 1205⁴⁾, so sei zunächst noch einmal daran erinnert, dass erst der Uebergang von der Einzelbesteuerung zur Gesamtbesteuerung gemacht sein musste, ehe die „universitas civium“ möglich war.

In der eben citirten Urkunde ertheilt nun Philipp von Schwaben dem Reichskloster Ebrach die Freiheit von allen *bürgerlichen* Steuern für einen Hof in Würzburg und zugleich für den Verkauf alles selbstgezogenen Weines auf dem dortigen Markte. Die *narratio* der Ur-

¹⁾ Dabei erinnere ich ausdrücklich an die oben gemachte Unterscheidung zwischen specifisch *städtischen* und *stiftischen* Ministerialen.

²⁾ Belehrend ist die Zeugenreihe der Urkunde von 1229, wo es nach einer Aufzählung von lauter Ministerialengeschlechtern — unter ihnen: Marquardus et Walpertus sculteti — weiter heisst: *et alii* quam plures civitatis herbipolensis cives. Offenbar ist also kein strenger Gegensatz zwischen *ministeriales* und Bürger. Das sahen wir ja auch schon früher. M. B. 37, 227.

³⁾ Dabei drei Namen, die ich in dem späteren Patriziate nachweisen kann. Herolt ex altera parte Mogi, Herterich de Nichte (lateinisch de Nihilo), Conrad Ubelin. M. B. 37, 270.

⁴⁾ M. B. P. 29 I 519.

kunde hat die Mittheilung, dass *dacia et collectarum exactionis* ab aliis curiis et domibus ejusdem civitatis plerumque extorquentur. Aber nicht erst neuerdings — wenn unsere Urkunde Recht hat — schon unter Konrad III., Friedrich Barbarossa und allen späteren Staufern besaßen die Mönche von Ebrach diese Freiheit und mußten mithin jene Steuern existiren.

Unwahrscheinlich ist es, dass das communale Steuern zu communalen Zwecken gewesen wären. Dagegen wird eine andere Urkunde es wahrscheinlich machen, dass diese Steuern nichts anderes waren, als das *servitium regale*, das die Stadt entweder direkt dem Könige oder, was glaubhafter ist, dem Bischof als Hof- und Heersteuer zu entrichten hatte. Zwei Jahre vor dieser Verleihung wird nämlich den Mönchen von Waldsassen in einer Urkunde, die mit der unsrigen sehr viel Aehnlichkeit hat, die Befreiung von einer Steuer für einen Hof in Eger gewährt ¹⁾. Diesmal ist unverkennbar die Steuer das *servitium regale*.

Natürlich ist in beiden Fällen die Sachlage eine verschiedene. Eger war eine *königliche* Stadt schlechthin. Würzburg war eine *Bischofsstadt*, wenn sie auch als solche vornehmstes *Reichskirchengut* war. Für Eger schrieb der König selbst die Höhe der Gesamtsteuer aus, deren Umlage sich durch ein complicirtes Verfahren vollzog. Sowohl die Bürgerschaft als die Officialität war dabei

¹⁾ M. B. 29 P. I 507. 21. Febr. 1203. Ad notitiam omnium fidelium nostrorum volumus pervenire quod dilecti nostri Monachi in Waldsahsen apud civitatem nostram Egram domum quandam habuerunt, unde ipsi Monachi secundum consuetudinem civitatis, *quando nos* aliquam *collectam* civitati *imposuimus*, qualemcunque partem, quae ipsis monachis imponebatur ratione domus eorum pro ritu aliorum burgensium hactenus solvere consueverunt — hoc onus hujus collectae ipsis alienare volentes, mandamus et *officiatis* nostris et *burgensibus* in Egra praecipimus, et quando-cunque ipsi aliquam collectam nobis vel *requirere* vel *dare* debeant, nichil ab ipsis monachis in Waldsahsen ratione domus eorum quam apud Egram habent requiratur vel exigatur.

betheiligt. Das kann aber nur so gewesen sein, dass das eigentliche Aushebungsgeschäft, die Vertheilung der Gesamtsteuer pro ritu vel ratione domorum auf den Einzelnen durch die Bürgerschaft erfolgte, der vielleicht als Exekutionsbehörde sicher aber als vermittelndes Organ zwischen Bürgerschaft und König die Officialität zur Seite stand.

In Würzburg ist vor der Hand nicht klar, an wen die Steuer gezahlt wurde; denn selbst, wenn mit ihr das servitium regale gemeint war, bleibt es fraglich, wer das einzog. Dagegen ist ein Hinweis darauf vorhanden, durch wen die Aushebung der Steuer erfolgte; denn ähnlich, wie in Eger an die Bürger und die königlichen Offizialen richtet sich hier das Verbot der Steuererhebung dem Wortlaute nach an jede geistliche und weltliche Person (Bischof und Vogt), an jede potestas und jede „commune“¹⁾.

Kann man unter dem „commune“, zu dem sich doch nur „consilium“ ergänzen lässt, etwas anderes verstehen, als irgend welche städtische Behörde? Diese Annahme, dass das Wort (consilium) „commune“ eine städtische Behörde hier bezeichne, wird durch einen weiteren Umstand gestützt:

Die Mönche von Waldsassen erhalten nur die Befreiung von der direkten (Grund-) Steuer, die *allgemein* nicht kommunaler Natur zu sein pflegte; die Mönche von Ebrach dagegen erhalten in Würzburg *erstens* dieselbe Befreiung von der direkten nicht kommunalen Grundsteuer, zweitens aber die Freiheit *von der indirekten Verbrauchssteuer*. Offenbar war nur die Freiheit von *dem* Theile der Steuer alt, die ab aliis curiis et domibus ejusdem civitatis erhoben zu werden pflegte. Neu dagegen ist es, dass Philipp dem Kloster auch den unbesteuerten Verkauf des selbstgebauten Weines auf dem Markte ge-

¹⁾ Statuimus, ut nulla potestas, nullum commune, nulla denique persona ecclesiastica vel secularis hanc libertatem violare praesumat.

stattet. Das war also die Freiheit von der indirekten Verbrauchssteuer, dem bekannten Ungelde, und diese Steuer pflegte nicht allein im Allgemeinen *communal*er Natur zu sein, sondern sie wird in der Urkunde selbst ausdrücklich als *servitium civile* bezeichnet¹⁾.

Da nun in beiden Fällen sowohl 1203 als 1205 eine Beteiligung *communal*er Beamten (*burgenses* in Eger, *commune* in Würzburg) neben der Offizialität (die in dem ersten Falle eine *königliche*, im zweiten eine *bischöfliche* war) bei der Steuererhebung sichtbar ist, so lässt sich in Verbindung mit dem oben Erörterten folgender Schluss ziehen:

Vor 1205 gab es in Würzburg schon eine direkte Steuer vom Grundbesitz, sicherlich seit 1205 eine indirekte vom Wein. *Von beiden Steuern ist die Geistlichkeit* nicht *eo ipso* und prinzipiell befreit, sondern bedarf dazu erst einer ausdrücklichen königlichen Exemption.

Ferner sieht man aus dieser Urkunde, dass dem Könige jederzeit *regia potestate* Eingriffe in die Verwaltung der direkten wie der indirekten Steuer zustanden, dass also die Reichsgewalt jederzeit in unmittelbare Beziehungen zur Stadt treten, und dadurch ihr Verhältniss zum Bischof modifizieren konnte.

Aus einer Urkunde, deren Datum bisher noch nicht ganz genau hat bestimmt werden können²⁾, ersieht man, dass die *exactio seu precaria* längst stehend geworden sein musste, was seinerseits wieder beweist, dass der Zusammenschluss von Kaufmannschaft und Bürgerthum (im alten Sinne) zur *universitas civium* längst erfolgt sein musste.

Dieser eben angeführten Urkunde nach hat es den Anschein, als ob der Bischof der Empfänger der *precaria* gewesen sei, und als solcher seiner eigenen Kirche gegen-

¹⁾ cfr. l. c p. 520. Zeile 3.

²⁾ cfr. M. B. 37. 177, 178.

über, wie das später ja oft der Fall war, sich in einem gewissen Gegensatze befunden habe.

In zwei Hauptsätzen fasst sich das Resultat dieser Erörterung zusammen: Schon zu Anfang des 13. Jahrhunderts gab es mit höchster Wahrscheinlichkeit eine Stellvertretung, einen Ausschuss der „universitas civium“, das „commune“ (consilium) der Urkunde von 1205; gab es zweitens mit unzweifelhafter Gewissheit diese universitas selbst.

Bis auf *Zeumer* (der seinerseits kein Interesse daran hat, die Consequenzen seiner Resultate auf verfassungsgeschichtliches Gebiet auszudehnen) hat man diesen Zusammenschluss der nur local geeinten, nicht aber genossenschaftlich verbundenen und *vertretenen* Bürgerschaft, zur „universitas civium“ seiner Bedeutung für die Weiterbildung verfassungsgeschichtlicher Institutionen nach allgemein unterschätzt.

Stand früher der Einzelne jedem Angriff jeder Bedrückung, sei es des Vogtes, sei es des Bischofs, machtlos gegenüber, so repräsentirte diese geschlossene Gemeinde nun eine Macht, die mit Nachdruck gegen jede Unbill Protest einlegen, jeden Augenblick zur Opposition gegen den Bischof vorgehen konnte; mit welchem Erfolge? das wird die Zukunft zeigen.

Vergegenwärtigt man sich aber, dass die lebendige universitas civium der so erlangten Macht sich unmittelbar bewusst sein musste, so wird man auch zugestehen, dass sie bewusstermassen die Tendenz haben musste, von sich selbst aus alle die Institutionen weiter zu bilden, die einstweilen noch unentwickelt als natürliche Consequenzen des Zusammenschlusses zur Gemeinde sich ergeben hatten.

Verweilt man noch auf dem Gebiete der Steuer, so ist eines zunächst gar nicht in Abrede zu stellen: Früher hatten sich die mit der Bedeeinforderung betrauten Offizialen an den Einzelnen der bloß local geeinten Gemeinde

zu halten. Der Zusammenschluss zur Steuergemeinde, zur universitas, die als solche ein Siegel führte, brachte es mit sich, dass die Offizialen unnmehr, statt sich an jeden Einzelnen zu wenden, Abrechnung mit einem Ausschuss aus der Steuergemeinde, mit der ersten und primitivsten Bürgerschaftsvertretung zu halten hatten. Diesem Bürgerausschuss lag es offenbar ob, die in runder Summe gestellte Bedeforderung pro ritu vel ratione domorum curiarumque auf die Einzelnen zu vertheilen ¹⁾.

Nun zeigt die ständige Wiederkehr ein und derselben Ministerialen in unseren Urkunden, dass ein Offizialen-collegium schon im ganzen 11. und 12. Jahrhundert bestanden haben wird, neben das von dem Momente an, wo der Zusammenschluss zur Steuergemeinde erfolgte, ein specifisch städtisches Collegium trat, mit welchem das Offizialencollegium in bleibenden Wechselverkehr gelangen musste, derart, dass jederzeit die Möglichkeit bestand, dass beide Behörden zu einer einzigen verschmolzen.

Wir haben nämlich die Thatsache zu erklären, dass uns in vollständig entwickelter Weise 1256 ein fertiger Rath entgegentritt und die Frage aufzuwerfen: in welchem causalen Zusammenhang derselbe mit den Institutionen steht, die uns 1205 und 1211 entgegentraten.

Darüber lassen sich zwei völlig entgegengesetzte Ansichten aufstellen. Denn man könnte erstens sagen: der Rath von 1256 ist nichts, als die reife Frucht einer nie ganz unterbrochenen, sondern stetig fortschreitenden Entwicklung gewesen, die in der That an die Anfänge der Jahre 1205 und 1211 ansetzte, die aber theils der lückenhaften Ueberlieferung unseres Urkundenmaterials wegen, theils auch, weil das in der Entwicklung begriffene Organ der Stadtvertretung eine offizielle Anerkennung seitens des Bischofs nicht eher fand, sich unseren Augen entzieht.

¹⁾ Ganz so scheint doch, nach der zur Vergleichung herbeigezogenen Urkunde, das Steuergeschäft in Eger vor sich gegangen zu sein.

Das gerade Gegentheil könnte eine zweite Ansicht behaupten: Jene hoffnunggebenden Anfänge haben keine continuirliche Entwicklung gehabt und der Rath von 1256 ist, selbst wenn er sich in der äusseren Form an jene Anfänge der Jahre 1205 und 1211 anlehnte, eine sprunghaft und plötzlich entstandene Erscheinung, geschaffen lediglich durch das momentane Bedürfniss, eine politische Vertretung nach *aussen* zu haben.

Es ist ein leidiges Missgeschick, dass gerade in Betreff dieser wichtigen Fragen das vorhandene Urkundenmaterial so spröde und unzureichend ist. Nur tastend vermag die Untersuchung vorzugehen, und für ihre mehr oder weniger künstlichen Constructionen keinen besseren Glauben zu verlangen, als eben Hypothesen verlangen dürfen, die zwar nicht ohne Grund aufgestellt, doch auch keine festen Beweise vorzubringen im Stande sind.

Beide von uns eben ausgeführten Anschauungen in Betreff der Entstehung des Rathes von 1256, müssen einen Umstand zunächst zugeben, dass nämlich von Anfang an dieser vorwärts zur freiheitlicheren Ausgestaltung ihrer Institutionen strebenden Bewegung der Stadt sich die bischöfliche Macht entgegengestellt habe, mag nun diese Bewegung selbst dadurch bloß retardirt oder zeitweise vollkommen aufgehalten worden sein.

In dieser Opposition aber wurden die Bischöfe unterstützt durch die Politik der letzten Staufer¹⁾. Schon Philipp von Schwaben zeigt sich in seiner Politik durchaus bischöflich gesinnt²⁾. Aber so viel Vortheile nun

¹⁾ Gerade über diese Zeit besitzen wir schon eine sehr gute Monographie von *Theodor Henner*, die nur die Frage nach der Stellung der *Stadt* zu dem *Bischof* allzu wenig erörtert, auf die wir aber im Uebrigen unbedenklich verweisen können: *Bischof Hermann v. Lobdeburg, der Begründer der Landeshoheit*.

²⁾ Es sei besonders verwiesen, auf die beiden Urkunden von 1201. M. B. 29 P. I 503 und 1206 15 Febr. M. B. 29 P. I 529. Die letztere ist namentlich wichtig für die Begründung des Rechtes, eine allgemeine Landsteuer auszuschreiben.

auch Bischof Hermann von Lobdeburg aus seiner persönlichen Stellung zu Friedrich II. und Heinrichs VII. zu erlangen gewusst hat, so war doch auch ihm gegenüber die staufische Politik eine keineswegs zuverlässige. Die urkundlich gegebene Erklärung Heinrichs VII., er wolle die Eide, die er der gesamten Stadtbevölkerung, Clerus, Adel und Bürgerschaft, abgenommen hatte, niemals gegen das Interesse des Bischofs verwenden, zeigt, wie wenig der Letztere jenem traute¹⁾. Sie zeigt zugleich, wie viel politisches Ansehen die Stadt damals schon muss genossen haben. Es ist gar nicht zu übersehen, von welchem Einflusse auf die spätere Gestaltung des Verhältnisses zwischen Stadt und Bischof, die (clericale) Politik Bischof Hermanns gewesen ist, die ja nach allen Seiten hin von ganz ausserordentlichen Erfolgen begleitet war²⁾.

Je weniger über alle diese Dinge unsere Urkunden ergiebig sind, desto mehr muss man natürlich die kleinen und kleinsten Anzeichen in Betracht ziehen, die auf eine im Stillen weiterschreitende Entwicklung der Stadt hinweisen. Es wurde schon erwähnt, dass neben drei Patriziernamen 1235 ein *Heinricus notarius civitatis* genannt wird. Bemerkenswerth ist es auch, dass in einer Urkunde von 1240³⁾ die Bürger wieder ganz getrennt von den

¹⁾ 1234 18. Nov. M. B. 30 P. I 218. Uebrigens ist auch betreffs der bekannten Wormser resp. Ravennatischen Beschlüsse, nur eine besondere Ausfertigung für den Bischof von Würzburg erhalten. cfr. *Henner* l. c.

²⁾ *Henner* will auf sie, l. c. p. 43 ff. und auf die Erfolge die dadurch das Stift errang, das spätere Zurückbleiben der Stadt hinter den anderen Bischofsstädten zurückführen. Aber ich stimme gerade in diesem Punkte der so tüchtigen Arbeit nicht bei. *Henner* glaubt gerade dem Verschwinden des Burggrafenamtes es zuschreiben zu müssen, dass die Stadt nicht eine freiheitlichere Entwicklung genommen habe. Aber was vermochte ein so ganz mit Vogteibefugnissen verquicktes Amt für einen Damm gegen bischöfliche Uebermacht abzugeben. Zudem ist ja auch die Burggrafschaft, wie wir sahen, noch gar nicht erloschen.

³⁾ M. B. 37. 289.

Ministerialen aufgeführt werden. Ausdrücklich werden 13 Namen als Bürger bezeichnet, während die Ministerialen hier unter den Begriff milites zusammengefasst werden. Von grösserer Bedeutung ist die Urkunde über die Ablösung der Marktpfennige¹⁾.

Man kann leicht nachweisen, dass der Hergang des Geschäftes, wie ihn die Urkunde berichtet, viel Unwahrscheinliches an sich hat. Ihr zu Folge soll der *Hofschultheiss* Schweigerer, um sich und seine Nachkommen in gutem Andenken bei Geistlichkeit und Bürgerschaft zu erhalten, aus Privatmitteln die Ablösung der Marktpfennige bewirkt haben²⁾. Nur der handeltreibenden Bevölkerung (Bürgern und Kirchenkaufleuten) kam die so erworbene Abgabefreiheit zu Gute. Was hatte der Hofschultheiss als miles ecclesiae für ein verständliches Interesse daran, sein Andenken bei der Bürgerschaft so vorsorglich zu sichern? unter Opfern — die Ablösungssumme belief sich auf 150 Mark — die damals auch so leicht ein Privatmann nicht zu erbringen vermochte. Diese Reflexion allein macht es schon unglaublich, dass sich die Sache so verhalten habe. Ueberdiess wird nicht etwa ihm, dem Bürgerfreunde und Wohlthäter der Stadt die Urkunde ausgestellt, sondern eben jener universitas civium, deren Interesse bei dieser Gelegenheit selbstverständlich in erster Linie in Frage kam. Es ist also bis zur Evidenz wahrscheinlich, dass derjenige, welcher den Nutzen davontrug, auch die Opfer bringen musste, mit anderen Worten, dass die universitas die 150 Mark auf-

¹⁾ Urk. 1243. M. B. 37. 303.

²⁾ favorem omnium clericorum et civium sibi et heredibus suis conquirere cupiens — wobei etwas schief hinzu kommt — ob remedium animae suae, was bei einer Schenkung an die Kirche am Platze gewesen wäre, aber wenig Sinn hatte, wo es sich um eine Wohlthat handelte, die in erster Linie der Stadt erwiesen wurde. Der eigentliche Zweck kommt dann doch zum Vorschein: ad communem utilitatem ac commodum tam clericorum quam laicorum.

gebracht hatte und der Hofschultheiss nichts that, als dass er das ganze Geschäft vermittelte¹⁾. Uebrigens erfahren wir aus der folgenden Urkunde, dass die Einkünfte dieses Marktzolles zum theloneum magnum gehörten und dem privaten Haushalte des Bischofs zu Gute kamen²⁾. Doch betrugen sie jährlich nur 16 ſ Heller, was aber, da eines von beiden gegeben sein müsste, weder einen Schluss auf die Höhe der Marktfrequenz noch auf die Grösse der Einzelabgabe gestattet³⁾.

Hier interessirt vor allen Dingen die Thatsache, dass unserer Urkunde nach ohne Unterschied *Alle* qui in foro nostrae (!) civitatis res venales deferre sunt consueti, sowohl Geistliche wie Laien (denn beide sollen ja den Nutzen davon haben) diese Abgabe bisher geleistet hatten, dass also in Würzburg der Grundsatz gegolten haben muss, *offen betriebener Handel verpflichte zu Abgaben*.

¹⁾ Dabei ist allerdings schwer erklärbar, wesshalb gerade der Hofschultheiss, derjenige bischöfliche Beamte, der von allen Ministerialen doch vermuthlich am wenigsten mit der Stadt zu thun hatte, dies Geschäft übernahm. Ich wage die Vermuthung, dass der Bischof Bedenken trug, dies ganze Geschäft mit einem Bürgerausschusse zu verhandeln, weil schon darin eine gewisse Anerkennung dieses Ausschusses, als einer offiziellen Vertretung hätte gesehen werden können. Erinuert man sich daran, dass späterhin im Laufe des XIII. Jahrhunderts das Verbot sich wiederholt, die Stadt dürfe in Urkunden nicht unter der Form: „Wir die Bürgermeister, der Rath und die Gemeinde“ figuriren, sondern nur „wir die Bürger arm und reich“, so ist eine solche Eifersucht auch in unserem Falle verständlich.

²⁾ ne mensa episcopalis nostra defectum habeat.

³⁾ Nimmt man (nach *Arnold*) die Mark zu einem halben ſ Heller, so würde für die jährlichen Einkünfte nur das Ablösungscapital von 75 ſ Hellern bezahlt sein. *Fries* hat auch auf diesem Gebiete sehr werthvolle Aufschlüsse ertheilt. cfr. Arch. d. histor. Vereins für Unterfranken 22. Band p. 97. Demnach wäre 1 ſ Heller = 3 *rhein.* Gulden gewesen. Dabei käme dann die erstaunlich geringe Summe von nur 48 Gulden jährlicher Einkünfte heraus.

Mithin war die Geistlichkeit keineswegs von vorne herein und prinzipiell von solchen Abgaben befreit!

Der erste Zusammenstoss zwischen Stadt und Bischof steht dicht bevor. So wenig die Urkunden davon zu Tage treten lassen, so unzweifelhaft ist es doch, dass gerade in dieser Zeit der Gedanke an eine mehr autonome Stadtverfassung zum ersten Mal mit vollem Bewusstsein von der Bürgerschaft gefasst wird. Ganz dazu passt es, wenn sie in dieser ganzen Zeit das Bestreben an den Tag legt, ihre Wirthschaft reinlicher von dem complicirten Wirthschaftssysteme der Kirche abzusondern; das zeigten die Urkunden von 1211 und 1243. Ganz dazu passt es, wenn der Bischof 1243 jene Ablösung nicht von der sich bildenden Stadtbehörde geschehen lassen wollte, sondern die Erledigung dieser Angelegenheit einen so weitläufigen Umweg machen liess. Aber entscheiden kann man es nicht, ob gerade diese Fragen es waren, über die es zum Ausgange der Regierung Bischof Hermanns zu einem blutigen Zusammenstoss zwischen Stadt und Bischof kam, dem ersten also, den man als einen Verfassungskampf bezeichnen könnte. Neben eventuellen Verfassungsfragen scheint doch auch das Auseinandergehen der beiden Parteien in ihrer Reichspolitik diesen Zusammenstoss herbeigeführt zu haben¹⁾. Die Stadt aber erweist sich nicht allein als vollständig widerstandsfähig, sondern trägt über ein bedeutendes Dienstmannenheer des Bischofs einen entscheidenden Sieg davon. Die grösste Zahl der auf der Mainbrücke von zwei Seiten zusammengedrängten Ritter findet den Tod in den Wellen und schon steht dem Bischof ein gleiches Schicksal bevor, da rettet ihm eine List und das treulos gegebene Versprechen weitgehender Conzessionen Leben und Freiheit²⁾.

¹⁾ cfr. *Henner* l. c. p. 43 ff.

²⁾ cfr. Michael de Leone, gedr. in Böhmer, *Fontes rer. germ.* I. Lang, der Verfasser der *Regesta boica* und ihm nach-

Ueber welche Forderungen der Streit entbrannt war, welche Conzessionen von Seiten des Bischofs gemacht wurden, darüber lassen sich bloss Vermuthungen aufstellen. Nur eins wird man mit ziemlicher Sicherheit annehmen dürfen, dass, wenn schon jetzt Verfassungsfragen im Spiele waren, es dieselben gewesen sein werden, die später, wenn auch modifizirt, immer auf das Neue wieder auftauchen. Es ist die Frage *Rath* und die Steuerfrage in Bezug auf die Theilnahme der *Geistlichkeit an den Stadtlasten*. Es sind die beiden Fragen, die ganz allgemein die Leidenschaften der Zeit in Bewegung gebracht hatten. Was die erste Frage betrifft, so ist es bekannt, dass die Beschlüsse von Worms und Ravenna jede selbstgewählte Rathsbehörde verboten, dass Friedrich II aber 1245 dieses Verbot wieder zurückgenommen hatte¹⁾.

Sehr wenig ist dagegen im Allgemeinen die Stellung der Reichsgewalt zu der Steuerfrage untersucht worden. Ueberall sieht man vor dem Ausbruche ernsthafter Conflictе diese Frage hin und her erörtert. Die Städte wollen völlige Gleichstellung des Clerus und der Bürgerschaft, gleiche Theilnahme an den Stadtlasten, und zwar sowohl 1. an der *direkten vom Grundbesitz* und 2. der *indirekten der Verbrauchssteuer*, die vorzugsweise von dem damals allgemein gebauten Wein, aber auch vom Getreide entnommen wurde. Die Letztere scheint früh schon auf die Kloster- und Kirchenkaufleute mit ausgedehnt gewesen zu sein, und es fällt auf, dass hier jedes *allgemein* formulirte Reichsgesetz gefehlt zu haben scheint²⁾. Hinsichtlich der ersten Frage hatten die

folgend Böhmer, *Fontes* I. l. c. setzen diesen Aufstand in das Jahr 1250. Es lässt sich gegen diese Datirung nichts sagen, vielmehr scheint die Urkunde vom Jan. 1250 M. B. 37, 342, in der sich die Grafen von Kastel und Bischof Hermann mit Bischof Gerhard verbinden, für diese Datirung zu sprechen.

¹⁾ *Zeumer* l. c.

²⁾ cfr. oben die Erörterungen über die Urkunde von 1205.

Städte gemässigte Forderungen aufgestellt. Die Geistlichkeit sollte alles Grundeigenthum, was bisher unbesteuert gewesen war, — den ursprünglich immunen Complex von Kirchengut — auch fernerhin unbesteuert behalten; alles neu erworbene Gut dagegen, soweit es dem steuerzahlenden Stadtgute, also dem bürgerlichen Grundbesitze entstammte, sollte auch nach diesem Uebergange an die „todte Hand“ die Steuer in demselben Verhältnisse weiter tragen, als alle übrigen bürgerlichen Häuser damit belastet wurden. Dieser gemässigten Forderung gegenüber erscheint die Stellung, welche sowohl Friedrich II als Heinrich VII. zu dieser Frage einnahmen, keineswegs gerecht. Gerade von dem Letzteren stammte die mit dem Anspruch auf Allgemeingiltigkeit hervortretende Formulirung des Rechtsatzes, dass auch alles neu zu erwerbende kirchliche Gut, gleichgültig, woher es stamme, der Anschauung der alten Immunität entsprechend, steuerfrei sein solle¹⁾. Gerade in der Städtegeschichte fällt eine eigenthümliche Erscheinung in die Augen. Ueberall sind in gleichen Zeitabschnitten gleiche Ideen in den Städten wirksam; überall finden sich auch dieselben Factoren, mit denen sie zu rechnen haben, aus denen sie entsprungen sind. Aber überall ist das Verhältniss dieser Factoren in ihrem Zusammenwirken ein so verschiedenes,

¹⁾ Es ist bisher noch nicht untersucht worden, ob der ganz *private* Erwerb irgend eines bürgerlichen Grundstücks seitens eines Geistlichen, wie es ja jederzeit durch Erbschaft geschehen konnte, gleichfalls unter diesen Rechtssatz fiel. Mir ist es sehr wahrscheinlich geworden, dass ein solcher Geistlicher, der als einziger Sohn eines Bürgers den Grundbesitz desselben erbte, eo ipso dadurch Bürger wurde und blieb, d. h. dass er Steuern von seinem bürgerlichen Erbe bezahlte und an „gemeiner Stadt Beschwerden“ fortan Theil hatte. Wesshalb verbietet dann späterhin so oft und so nachdrücklich das Capitel, dass irgend ein Mitglied der Stiftscollegien Bürger sein oder, wie es sich ausdrückt, das Bürgerrecht behalten dürfe, das ja aber bekanntlich niemand besass, als die steuerpflichtig Begüterten.

dass auch die herrschende Idee sich überall zu ganz eigenartigen individuellen Zuständen verwirklicht. Das erste macht den überraschend schnellen Anwachs der Städtebünde begreiflich, das zweite Moment erklärt den geringen inneren Zusammenhang dieser Bünde und ihren raschen Zerfall. Das erste lässt die Hoffnung bestehen, dass noch einmal eine zusammenfassende allgemeine Darstellung der Städtegeschichte möglich sein wird, das zweite bedingt für eine solche Darstellung nothwendiger Weise ein Verfahren, das zu allgemeinen Urtheilen nur durch die Vergleichung der individuellen Bildungen kommen kann.

Die Geschichte Würzburgs drängt diese Uezeugung ganz besonders auf. Alles scheint zu einem glücklichen Fortschritt vorhanden zu sein. Schon auffallend früh Spuren eines entwickelten wirthschaftlichen Lebens: der Leihbrief von 1119, die Zunfturkunde von 1128; ein frühzeitig schon reges politisches Bewusstsein der Bürger, ihre Theilnahme an dem Kampfe zwischen Heinrich IV. und den Fürsten, ihre erfolgreiche Zollagitation im Jahre 1156. Eine glückliche Empfänglichkeit für die herrschenden Ideen der Zeit — daneben aber das Uebergewicht eines oft engherzigen, dabei überlegen organisirten und einheitlich vorgehenden Clerus, der sich wie ein Keil in die städtische Wirthschaft einschiebt, und, selbst wirthschaftlich durch seine Privilegien im Vorthail, auch noch das lange Anhängsel von Kirchenkaufleuten, -Dienstleuten und -Handwerkern hinter sich herzieht, für sie eine ähnlich exempte Stellung fordernd, wie für sich selbst.

Gerade um die Mitte des XIII. Jahrhunderts beginnt der Streit um die Steuer. Betraf er auch sonst nichts, als die Forderung der Stadt, dass in Zukunft jedes früher steuerpflichtige Grundstück der Stadt bei seinem Uebergange an die „todte Hand“ die städtischen Lasten weitertrage, so setzt das voraus, dass die Stadt schon längst

zu einer einheitlichen Steuergemeinde zusammengetreten war; denn bei einer Einzelbesteuerung wäre jene Forderung etwas sinnloses gewesen; denn, hätte jeder von seinem Grundstück im Verhältniss zu dessen Werthe einzeln seine Steuer bezahlt, so erhöhte sich dieselbe nicht, falls ein anderes Grundstück an die Kirche überging und fernerhin nicht mehr zu steuern brauchte. Einen Sinn hatte jene Forderung nur dann, wenn die Stadt als Ganzes eine *fixirte* Jahressteuer zu zahlen hatte, wenn eine *feststehende* Summe auf der Gesammtheit der steuerzahlenden Grundstücke lastete; denn dann vergrösserte sich beim Wegfall eines früher steuerbaren Grundstückes die Quote des Einzelnen, falls die Steuer nicht gleichfalls herabgesetzt wurde ¹⁾).

Diese universitas bestand sicher, wie oben nachgewiesen wurde, schon zu Anfang des 13. Jahrhunderts. Unbestimmt ist bis jetzt, wann sich eine stehende städtische Behörde gebildet hat, zu deren Functionen in erster Linie die Steuerumlage gehörte, wobei man ihr irgend welche Executionsgewalt zuzuschreiben gleichfalls genöthigt sein dürfte. Offenbar musste sich der Protest der Geistlichkeit in erster Linie gegen die Behörde richten, es musste von Seiten des Clerus zunächst die Legalität der Forderung jener Behörde bestritten werden und wenn das erfolglos war, musste man die Legalität der Behörde selbst in Frage ziehen. So ist es in der That gekommen:

Es ist im höchsten Grade wahrscheinlich, dass in der Urkunde vom 9. Jan. 1254 glücklicherweise das Instrument über die *erste* Confoederation des Clerus erhalten ist, die sich gegen die Stadt und ihre Forderungen richtet. Sie ist abgeschlossen angesichts einer grossen Erbitterung der

¹⁾ Es wird sich zeigen, dass in der That die ihrem jährlichen Betrage nach fixirte precaria lange vor 1261 dem Bischof entrichtet wurde.

Stadt¹⁾. Pfründeeinziehung und Gefangennahme deuten mit Sicherheit auf eine städtische Behörde, von der diese Massregeln verhängt wurden²⁾.

Vielleicht bestand auch eine *offizielle* Stadtbehörde noch gar nicht, und es wurde dann erst jetzt der erste Versuch gemacht, die Anerkennung derselben von dem Bischof zu erzwingen³⁾.

Zunächst handelte es sich um die wirthschaftlichen Dinge und nur eine leise Andeutung scheint zu verrathen, dass auch Verfassungsfragen ventilirt wurden. Bedroht erscheinen der angeführten Urkunde nach zunächst die *libertates ecclesiae*. Fraglich ist es nicht weiter, dass unter diesen *libertates* nur die hartnäckig festgehaltene Steuerfreiheit zu verstehen sei. Aber schon hier tritt der Anspruch hervor, nicht bloss die Geistlichkeit von dieser Steuer frei zu halten, sondern auch die bischöflichen Offizialen und die noch theilweise hörigen Handwerker⁴⁾. Dazwischen schiebt sich dann eine kleine Hindeutung darauf ein, dass auch Verfassungsfragen im Spiele standen⁵⁾.

¹⁾ Nicht allein mit Einziehen der Pfründen ist man vorgegangen, sondern die *narratio* berichtet von Gefangennahme, Verwundung, ja Tödtung geistlicher Personen.

²⁾ Dass nicht direkt und ausdrücklich die Stadt genannt wird, ist bei der ersten Confoederation nicht sehr auffallend. Es ist eine oft geübte taktische Massregel, so lange nicht von dem Unrecht oder der Feindschaft einer Gesamtheit zu sprechen, als man noch hofft, Theile derselben auf seine Seite zu ziehen.

³⁾ Urkundlich nachweisbare Fortschritte auf diesem Gebiete hat die Stadt allerdings erst in den Jahren 1254—1261 gemacht, wie sich in dem Folgenden zeigen wird.

⁴⁾ *Promittimus, ut libertatem ecclesiarum civitatis omni diligencia qua possumus, omni nisu et studio totoque posse et nosse, tam pro personis ipsorum canonicorum quam officiatibus ac familia eorundem defendamus.*

⁵⁾ *tam minime quam maxime in sua justicia pro viribus defendamus.* Der Ausdruck *justitia* ist nicht gleich *libertas*, sondern pflegt, wie *jurisdictio* ein positives Recht auszudrücken, das von der Stadt der Kirche streitig gemacht wurde.

Ob an dieser Erbitterung der Stadt nicht auch die Predigermönche ihren guten Antheil hatten, steht dahin ¹⁾. Auf jeden Fall muss das Capitel Klage über dieselben beim Papste geführt haben, der eine scharfe Verfügung zur Einschränkung ihrer agitatorischen Thätigkeit erliess ²⁾. Aber es ist doch nicht zu läugnen, dieser Hass der Bevölkerung, so viel Nebenumstände ihn mit verursacht und verschärft haben mögen, er fand seine eigentliche Quelle doch in der bevorrechtigten Stellung des Clerus.

Wirthschaftliche Fragen sind es denn auch, welche Würzburg zum Beitritt in den rheinischen Bund veranlassen ³⁾.

Seit Weizsäcker steht es fest, dass dieser Bund nicht ein einseitiger Städtebund war, sondern ein Bund von Herrn und Städten; dass aber die Hauptaufgabe dieses Bundes in der Beseitigung der unrechtmässigen Zölle bestand. Indem Würzburg diesem Bunde am 3. März 1256 beitrug, feierte es den hundertjährigen Gedenktag seines ersten Erfolges in der Zollpolitik. Für unsere Fragen von grosser Bedeutung ist es, dass dieser Beitritt von der Stadt ganz selbständig vollzogen wurde und dass der Bischof nicht einmal mit beigetreten zu sein scheint ⁴⁾.

Die Erörterungen der Bundesprotokolle, ja die weitere Reichsgesetzgebung von Rudolf von Habsburg, Adolf und namentlich *Albrecht I.* lassen es vollkommen

¹⁾ M. B. 37, 251: Cavebunt autem fratres praedicatores, ne in publicis praedicationibus coram populo aliqua dicant, unde juste (!) scandalizari possint clerici vel prelati.

²⁾ M. B. 37, 366.

³⁾ *Weizsäcker* der rheinische Bund von 1254. Tübingen 1879.

⁴⁾ cfr. *Weizsäcker*: l. c. p. 142. Vor Kurzem ist über diese Angelegenheiten eine wohl begründete stark von *Weizsäcker* abweichende Ansicht aufgestellt von *L. Quidde*: „Studien zur deutschen Verfassungs- und Wirthschaftsgeschichte“, die aber die hier ausgesprochenen Anschauungen nur bestärkt.

unklar, ob die von Friedrich I. bereits abgestellten Zoll-erhöhungen auf dem Main doch wieder überhand genommen hatten. Aber für Würzburg waren die Zollverhältnisse des Rheins vollkommen eben so wichtig, wie die auf dem Maine geltenden. Seine innere Lage, die eine Unterstützung von Aussen durchaus wünschenswerth machte, seine in Mitleidenschaft gezogenen Interessen auf dem Rhein erklären hinlänglich den Beitritt zum Bunde. Man kann sich der Ansicht nicht verschliessen, dass dieser Beitritt, namentlich unter der Form, in der er geschah, seine Spitze gegen den Bischof kehrte. Das machen die neueren Ausführungen Quidde's noch wahrscheinlicher. Bemerkenswerth in dieser Hinsicht ist auch die consequent festgehaltene Trennung zwischen Bischof und Territorium einer- und der Stadt andererseits. Es wird dadurch die oben aufgestellte Ansicht bestätigt, dass die Stadt in ihrer staatsrechtlichen Stellung zum Bischof resp. zum Reich keineswegs mit dem Territorium auf gleicher Linie stand und, dass sie durchaus nicht als etwas völlig gleichartiges in der Masse des Territoriums aufging¹⁾.

Dem widerspricht es nicht eigentlich, wenn beiden, Stadt und Bischof, ein gemeinsames Wirken im Interesse des Bundes anheimgegeben wird²⁾. Zugeständnisse machte man dem Bischofe von Seiten des Bundes und Zugeständnisse machte man ihm speciell seitens der Stadt. Zugeständnissen nach der einen, entsprechen aber immer Vortheile nach der anderen Seite. Nach zwei Seiten waren diese Concessionen der Stadt bedeutend; denn sie band sich zunächst an allgemeine Bundesbeschlüsse, die ihr

¹⁾ *Weizsäcker* p. 136 (137). Der Bischof wird in den Fürstenbriefen von No. XI deshalb nicht mit der Stadt Würzburg zugleich genannt, weil es sich, wo die Stadt aufgeführt wird, nicht um die Herren handelt.

²⁾ cfr. § 6 der Beschlüsse vom 15. Aug. 1856. *Weizsäcker* p. 38. *Concedimus etiam domino episcopo etc.*

eine starke Beschränkung in Bezug auf die Regelung der gerade schwebenden inneren Angelegenheiten auferlegte¹⁾.

Inzwischen war auch der Bischof dem Buude beigetreten²⁾. Daraus ergab sich für die Stadt eine Politik, die wiederum zu Zugeständnissen führte, deren Resultat dann die eigenartige Constituirung der *Rathsbehörde* wie sie zum ersten Male in der Urkunde vom 9. October 1256 handelnd auftritt, genannt werden darf. Die verfassungsmässige Form, die dieser Rath annahm, spiegelt die politische Situation, spiegelt den Compromiss wieder. Um es gleich auszusprechen, was uns hier als *Rath* entgegentritt, ist nicht der autonome *städtische* Rath, sondern ist die späterhin immer als „alter Rath“ als der „Rath auf des Bischofs Saal“ bezeichnete Behörde, rein *communalen* Charakters zwar, aber keineswegs der von der Stadt erstrebte unabhängige *Rath*³⁾. Die Schultheissen, also zwei bischöfliche Ministerialen an seiner Spitze, hätten allein schon darauf hinweisen müssen. Die Concession, welche die Stadt in diesem Augenblicke machte,

¹⁾ So heisst es in dem § 17 der Wormser Beschlüsse (Weizsäcker p. 22): Item statuimus, ut nullus presumat curias ant domos clericorum secularium etc ingredi violenter aut ab eis hospicia victualia ant *servitia* ant qualiacunque contra eorum requirere voluntatem aut ullatenus extorquere. Dazu vergleiche man den Wortlaut der Confoederation vom 9. Jan. 1254 (37, 362) und die Darstellung von Fries 566 ff. Man wird dann sehen, welche verhängnissvolle Anwendbarkeit gegen die Stadt solche Bundesbeschlüsse gewinnen konnten.

²⁾ Weizsäcker l. c.

³⁾ *Gramich* l. c. p. 1. hat das vollständig übersehen: „Das Haupt des städtischen Gemeinwesens „*der Rath der Stadt*“ tritt zum ersten Male 1256 uns entgegen. Die geringe Kritik, die er hier an den Tag legt, verschuldet es dann, dass er späterhin einen zwiefachen *Rathsvorstand* annimmt und überhaupt gar keine Unterscheidung macht zwischen bischöflichen und städtischen Rath, die in Wirklichkeit wenigstens bis 1274 zwei völlig getrennte Behörden mit völlig verschiedenen Funktionen sind.

war die Anerkennung des bischöflichen Bestätigungsrechtes hinsichtlich dieses Rathes. Die Gegenleistung des Bischofs bestand darin, dass er eine solche Behörde überhaupt zuliess. Denn dadurch anerkannte er, dass die Stadt in politischer Hinsicht — innerhalb gewisser Grenzen — ein selbständiges Ganzes sei. Wir erklären desshalb den *Rath* von 1256 als eine Schöpfung dieses Jahres, hervorgerufen durch das Bedürfniss, nach Aussen hin politisch durch ein Organ vertreten zu sein, in welchem bischöfliche und städtische Interessen vereinigt waren. Dieses Bedürfniss wiederum war erwachsen aus der Thatsache, dass Beide, Bischof und Stadt, Mitglieder des rheinischen Bundes geworden waren. Schon in diesem Bunde war eine Gegensätzlichkeit zwischen Herrn und Städten unverkennbar. Der Bund im Grossen stellte denselben eigenthümlichen Compromiss¹⁾ zweier an sich gegensätzlicher Parteien dar, wie es hier im Kleinen das Bündniss zwischen Stadt und Bischof that. Im Grossen wie im Kleinen erwies sich dieser Compromiss als unhaltbar. Vier Jahre nach dieser Zeit steht Stadt und Bischof in offener Feindschaft einander gegenüber.

Zwei Punkte sind es, die diesem Frieden eine nur so kurze Dauer gönnten: die unentschiedene Wirthschafts- resp. Steuerfrage und die unvollendete Verfassung. Beide Punkte verbindet eine causale Beziehung: Wie konnte die Stadt mit einer bischöflichen Behörde an der Spitze hoffen, eine gerechte endgültige Entscheidung jener wichtigen Frage nach den Grenzen der Steuerfreiheit, welche für den Clerus festgestellt werden sollten, zu erlangen? Das ist die Frage, über welche die nun folgenden Ereignisse in Fluss gerathen.

Schon hier muss eines betont werden, was für die ganze folgende Entwicklung bis zum Jahre 1400 gilt: die eigentlichen Gegensätze sind nicht *Stadt* und *Bischof*,

¹⁾ cfr. *Quidde* l. c. p. 43 ff. besonders 48, 49.

sondern *Bürgerthum* und *Geistlichkeit* und alle Kämpfe um die Verfassung haben ihren letzten Grund in diesem Gegensatze, der seine Schärfe einzig und allein aus den wirthschaftlichen Fragen gewann. Um die Mitte des XIII. Jahrhunderts hatten diese beiden Parteien noch genug vermittelnde Elemente in sich selbst, die es für das Erste noch nicht zu einer so prinzipiellen und unversöhnlichen Gegensätzlichkeit kommen liessen, wie sie sich erst im Laufe der Verfassungskämpfe herausbildete. Das waren auf der einen Seite die vielen Bürgerssöhne im städtischen Clerus sogar noch im Capitel und auf der anderen Seite die grosse Anzahl von Ministerialenfamilien, die dem städtischen Patriziate beigetreten waren. Dem Clerus gelang es, die ihm unliebsamen Elemente durch statutenmässige Bestimmungen aus seiner Mitte zu verdrängen, die Stadt dagegen hatte an diesen Ministerialenfamilien ein für alle Male ein Element unter ihrer Bevölkerung, dessen Einfluss in seltsamen Verhältnisse zu seiner Zuverlässigkeit stand.

*Die Urkunde vom 9. Februar 1260*¹⁾ bestätigt die eben gemachten Ausführungen auf das vollkommenste, und giebt ein vorzügliches Bild der ganzen Situation, wenn man sich erinnert, dass es eben die Steuerfrage ist, um die es sich hier handelt.

Zunächst sind einige kritische Bemerkungen nothwendig: Das Capitel überträgt durch sie für alle Angelegenheiten sein Beschliessungsrecht einem engeren Ausschusse von 4 Capitelherrn und dem Bischofe. Es liegt in der Natur der Sache, dass das Capitel diesen Beschluss nicht so einstimmig gefasst hat, als dies uns die Urkunde glauben machen möchte. Man kommt sogar bei einigen Stellen der Urkunde selbst auf den Verdacht, dass es ein zwangsweise erfolgter Beschluss war, erzwungen von Niemanden anders, als dem energischen Bischof Iring,

¹⁾ M. B. 37, 389.

der in seinen Massnahmen gegen die Stadt der vollkommenen Uebereinstimmung mit dem Capitel gewiss sein wollte. Diese Uebereinstimmung war aber natürlich von einem Capitel, wie es die Urkunde selbst schildert, nicht zu hoffen¹⁾. Wenn es gestattet ist, eine persönliche Hypothese hier auszusprechen, so hiess der ganze Beschluss nichts anderes, als diejenigen im Capitel lahm zu legen, welche sich bei der Agitation gegen die Stadt nicht gut clerical gesonnen gezeigt hatten, d. h. also besonders Alle dem Bürgerthume selbst entstammenden Mitglieder²⁾. Man trägt sich ganz offenbar mit dem Gedanken, die Zahl der Capitelherrs dauernd zu beschränken³⁾, und hier kann man die erste Spur jenes späteren Statutenparagraphen finden, dass ein Bürgerssohn nicht Mitglied des Capitels werden dürfe⁴⁾. Es ist die adelige Partei des Capitels, die sich in diesem Ausschusse, der die ganze, früher dem gesammten Capitel zustehende Macht in sich vereinigt, eine bequeme Handhabe gegen die Stadt verschaffen will. Gerade der eigenthümlich uneinheit-

¹⁾ Gerade nach der Schilderung, welche die Urkunde von dem im Capitel eingerissenen Schäden entwirft, erscheint das „concorditer“ der Beschlussfassung doppelt zweifelhaft. Ausserdem heisst es aber auch ganz ausdrücklich: *Mediante episcopo nostro venerabile patre Iringo.*

²⁾ Unter diesen Umständen erscheint mir der Verdacht sogar begründet, dass man vor der Beschlussfassung entweder die Oppositionspartei grösstentheils entfernt, oder auf eine zufällige Abwesenheit derselben gewartet hatte: cfr. l. c. p. 391: *Ceterum, quia quod omnes tangit, debet ab omnibus approbari et ex nostris confratribus quidam absentes existant, quamvis pauci* etc. Gerade dieses *quamvis pauci* scheint mit den nun folgenden in Verbindung gebracht, sehr verdächtig.

³⁾ p. 389. Zeile 4: *cum olim ad capitulum nostrum plures fratres, ultra consuetum et antiquum numerum fuissent assumpti.*

⁴⁾ Bei Neubesetzungen der Vacanzen findet sich von jetzt ab der immer wiederkehrende Ausdruck: *ita sane, quod percune, sive denominate, sive non denominate adprebendas, tales sint, quae decentes sint.* M. B. 37. 443, 444. Urk. v. 16. Juli 1271.

lichen Zusammensetzung des Capitels wird es zur Last gelegt, dass die Beschlüsse desselben den hohen Clerus nicht zu radicalen Massregeln gegen die Stadt autorisirten ¹⁾).

Zweierlei nun war es, was die Bürger diese filii iniquitatis beanspruchten: Die Mitbesteuerung der Geistlichkeit und die Autonomie der Stadtverfassung. Der unzerreissbar causale Zusammenhang, der, wie oben dargethan wurde, zwischen diesen beiden Punkten obwaltete, verursachte das einheitliche Zusammengehen von Bischof und Capitel. Dass eine solche Eintracht nicht etwas selbstverständliches war, beweist gerade diese urkundenmässige Abmachung. Wäre bloss die erste Forderung erhoben worden, so hätte sich das der Bischof gefallen lassen können, und schwerlich hätte das Capitel ihn so völlig auf seiner Seite gefunden. Aber diese Forderung ging ja aus von jener *Stadtbehörde*, deren Anfänge wir kennen gelernt haben, und die sich jetzt zu so unerwarteten Formen entwickelt hatten. Sie ging nicht bloss von dieser Behörde aus, sondern sie fiel und stand mit ihr. Desshalb vereinigen sich die wirthschaftlich bedrohten Geistlichen zu einer so energischen Opposition mit dem Bischof gegen die Verfassungsneuerungen der Stadt. Desshalb versprachen sie Alles gut zu heissen, *que dictus dominus episcopus cum prefatis quatuor preceperit facienda . . . per que jura libertates et honores ecclesiae valeant restaurari*. Der Bischof — denn er zunächst wurde ja durch die Bestrebungen der Stadt in seiner oberherrlichen Gewalt angegriffen — nimmt nun dem Capitel

¹⁾ Quotiens singuli fratrum super negotiis ecclesiae interrogabantur in capitulo diligenter, tot fere inveniebantur oppinionum diversitates, quot fratres numerabantur in eo, et velle suum cuique erat nec uno voto et preposito nitebantur, et ideo a nonnullis iniquitatis filiis *et maxime nostris (!) civibus herbipolensibus* libertates et jura ecclesiae nostrae **brevi tempore** sunt non modicum subtracta et per eorum violentiam diminuta. Dieses brevi tempore zeigt es, dass der Streit um die Verfassung erst in letzter Zeit begonnen hatte.

den Eid ab, dass sich dasselbe allen Beschlüssen des engeren Ausschusses, *dem er selbst praesidirt*, unterwerfen werde¹⁾.

Gegen wen aber konnte sich die in der eben citirten Stelle befindliche Drohung anders beziehen, als auf die Ministerialen, welche zum städtischen Patriziate hinneigten oder höchstens auf dies Patriziat selbst.

Der Bischof also ist es, der diesen ganzen Beschluss bei seinem Capitel durchgesetzt hat. Leistung und Gegenleistung, verspricht nun derselbe am Schlusse der Urkunde, nicht eher für sich Frieden mit der Stadt zu schliessen, als alle der Geistlichkeit zugefügten Schäden gesühnt seien. Es lässt sich also recht wohl für den Bischof die Verfassungsfrage von der Wirthschaftsfrage trennen.

Somit stehen wir unmittelbar vor dem Ausbruche des mehr als hundertjährigen Verfassungskampfes der Stadt. Nichts hat zu diesem Kampfe neben den eigenthümlichen inneren wirthschaftlichen Fragen so viel beigetragen, als die durch den rheinischen Bund allgemein verbreitete Idee von der Selbständigkeit der Städte als politischer Gemeinwesen, die sich manifestirt in der spontanen Bündnissfähigkeit derselben, die man ihnen früher verweigert hatte²⁾. Erst durch diesen Bund werden die Begriffe:

¹⁾ Adicimus etiam concorditer, et sub religione prestiti juramenti unanimiter ordinamus ut siquis clericus vel laicus predicto domino nostro episcopo et ecclesiae suae se opposuerit aut adversariis et rebellibus ipsius consilium auxilium vel favorem praebuerit in ecclesiae nostrae praejudicium et gravamen non solum ipsi set eorum consanguinei etc. nullum in perpetuum in ecclesia nostra civitate vel dioecesi herbipolensi beneficium aut dignitatem optineat.

²⁾ Es ist auffallend, dass z. B. in *Cöln* auch gerade im Jahre 1258 zum ersten Male der Versuch gemacht wird, einen selbstgewählten Rath einzusetzen und, dass die Dinge dort eine so seltsame Analogie mit unseren Würzburger Verhältnissen aufzeigen: cfr. Lacomblet II No. 452.

Herren und *Städte* zu etwas gegensätzlichem. Erst nach seinem Beitritt zum rheinischen Bund versucht Würzburg an Stelle eines bischöflichen Rathes einen autonomen städtischen Rath zu setzen und erst 1265 hat es, wenn auch nur vorübergehend, dieses Ziel erreicht und vom Bischof selbst seinem Rathe die Anerkennung verschafft.



This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with numerous small dark spots, possibly foxing or dirt, scattered across its surface. There is a faint, illegible impression of text from the reverse side, which appears as a light, ghostly pattern. The overall color is a warm, off-white or light beige.

Brass, Friedrich

Verfassung und Verwaltung Würzburgs vom Beginne der Stadt bis zur Mitte
des XIII. Jahrhunderts

1886

Bavar. 438 I

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11560334-0